

A1NEU Präambel

Antragsteller*innen:

Text

- 1 Liebe Neuköllner*innen,
2 dieses Wahlprogramm entsteht in einer Zeit, in der vieles unberechenbar scheint. Eine
3 Zeit, in der unser Alltag und unser Zusammenleben von neuen Faktoren bestimmt wird, in der
4 viele Menschen um ihre Existenz bangen und nach Gemeinschaftlichkeit und Halt suchen. Die
5 Pandemie hat offenbart, wie wichtig gemeinschaftliche Infrastruktur in unserer Stadt ist –
6 seien es Beratungs- und Unterstützungsangebote im Kiez oder Grünflächen, in denen wir ohne
7 weite Wege gehen zu müssen Luft schnappen können. Gleichzeitig merken wir, wo es hakt,
8 weil in den letzten Jahrzehnten nicht genug oder falsch investiert wurde und
9 Nachbarschaftsangebote genauso wie bezirkliche Strukturen abgebaut wurden. Dies sehen wir
10 etwa im Gesundheitssektor, im Bildungssektor oder in der Verwaltung. 2016 haben wir in
11 Berlin in der Koalition sowie wie in Neukölln in der Zählgemeinschaft Verantwortung
12 übernommen. In den vergangenen fünf Jahren GRÜNER Regierungsbeteiligung konnten wir schon
13 vieles erreichen – wir sind aber noch lange nicht fertig.
- 14 Dieses Programm fußt auf der Überzeugung, dass es für ein starkes, offenes und
15 solidarisches Neukölln eine robuste öffentliche Daseinsvorsorge und Orientierung am
16 Gemeinwohl braucht. Wir brauchen eine Politik, die vorausschaut, langfristig plant und
17 dabei alle Menschen mitdenkt. Denn auch unabhängig von der Pandemie stellen Mietenwahnsinn
18 und der Ausverkauf unserer Kieze den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Immer
19 noch stehen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queer- und Behindertenfeindlichkeit der
20 Sicherheit und Selbstbestimmung aller im Bezirk lebenden Menschen im Weg. Die Auswirkungen
21 unseres Handelns auf Klima, Artenvielfalt und Natur müssen in Neukölln noch viel stärker
22 ins Zentrum politischen Handels. Und bei der Verkehrswende geht es uns um nicht weniger
23 als eine grundlegend neue, gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums. Um all diese
24 Herausforderungen gemeinschaftlich anzugehen, braucht es ambitionierte Antworten. Dieses
25 Wahlprogramm blickt nicht nur auf die nächsten fünf Jahre, sondern zeigt notwendige
26 Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Politik auf. Eine Politik, die das Erreichen der
27 Klimaziele, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine Stadtentwicklung zum Ziel
28 hat, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.
- 29 • Damit unsere Kieze lebenswerte Orte für alle Neuköllner*innen bleiben, werden wir
30 weiter gegen steigende Mieten kämpfen, den Milieuschutz weiterentwickeln und für
31 bezahlbaren Neubau sorgen.
 - 32 • Unser Bezirk lebt auch von gemeinsam genutzten Räumen: Diese wollen wir ausbauen,
33 mehr Begegnungsräume schaffen, und bestehende soziale Infrastruktur schützen. Wir
34 wollen die in Neukölln verankerte Mischung aus Wohnungen, kleinen Geschäften,
35 Gewerbe und Handwerk erhalten und stärken.
 - 36 • Wir treiben weiter eine konsequente Mobilitätswende in ganz Neukölln voran: für mehr
37 Busse und Bahnen, weniger Autos, verkehrsberuhigte Kieze, mehr Platz für
38 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen sowie sichere Schulwege im gesamten Bezirk.
 - 39 • Wir nehmen die Klimakrise ernst und sorgen dafür, dass Klimaschutz in allen
40 bezirklichen Entscheidungen Priorität bekommt. Wir wollen die großartigen Parks und
41 Freiflächen im Bezirk, wie das Tempelhofer Feld, die Thomashöhe, den Grünzug Britz-

42 Rudow oder den Britzer Garten erhalten, pflegen und neue grüne Oasen schaffen. Wir
43 machen Neukölln durch Entsiegelung und mehr Stadtgrün, fit für heißer werdende
44 Sommer.

- 45 • Nicht zuletzt werden wir uns weiter für die Teilhabe und Sicherheit der vielfältigen
46 Neuköllner Zivilgesellschaft engagieren. Wir werden uns weiterhin gemeinsam mit
47 vielen zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Bündnisse in unserem Bezirk gegen
48 Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit, und fordern die
49 konsequente Aufklärung der rechten Terrorserie, und rechter Strukturen einsetzen.

50 Dabei nehmen wir den gesamten Bezirk in seiner Unterschiedlichkeit und alle
51 Neuköllner*innen in den Blick: Kinder und Jugendliche, die durch bessere Ausstattung in
52 den Schulen bestmögliche Startbedingungen erhalten sollen, aber auch ältere Menschen, die
53 sich weiter einbringen wollen oder gesundheitlich Beeinträchtigte, deren gute Versorgung
54 im Bezirk sichergestellt werden muss, Gewerbetreibende und Kreativschaffende, die im Kiez
55 für den Kiez arbeiten wollen, genauso wie diejenigen, die unser aller solidarische
56 Unterstützung brauchen.

57 Bündnis 90/Die Grünen Neukölln machen den Unterschied und wir sind stolz auf das, was wir
58 in Neukölln in den letzten fünf Jahren gemeinsam mit der Bezirksgesellschaft geschafft
59 haben. Im Bezirksamt haben wir Klimaschutz, die Mobilitätswende und eine faire
60 Mietenpolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Unser GRÜNER Stadtrat für Stadtentwicklung,
61 Soziales und Bürger*innendienste, Jochen Biedermann, konnte mit Vorkaufsrecht und
62 Milieuschutz über 700 Wohnungen retten. Das neu eingerichtete Präventionsteam für
63 Neuköllner*innen in Wohnungsnot konnte allein 2019 über 150 Mietverträge erhalten und
64 Zwangsräumungen verhindert.

65 Unsere erfolgreiche Arbeit als progressive gestaltende Kraft im Bezirk wollen wir deshalb
66 in den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Wir möchten gemeinsam mit den im Bezirk ansässigen
67 Initiativen und Vereinen und einer tatkräftigen Bürger*innenbeteiligung weiter daran
68 arbeiten, dass Neukölln ein lebenswerter, vielfältiger und lebendiger Bezirk für alle
69 bleibt. Dafür bauen wir auf Ihre/Eure Unterstützung!

A2NEU 1. Rette Deinen Kiez – zusammen für ein bezahlbares und lebenswertes Neukölln

Antragsteller*innen:

Text

70 1. Rette Deinen Kiez – zusammen für ein bezahlbares und 71 lebenswertes Neukölln

72 Bezahlbarer Wohnraum und faire Mieten für Gewerbe, soziale Infrastruktur und kulturelle
73 Projekte sind die Grundlage dafür, dass alle sicher in ihrem Umfeld bleiben können. Wir
74 GRÜNE nutzen alle Möglichkeiten, um bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum dauerhaft zu
75 sichern, neu zu schaffen und rasant steigende Mietpreise zu unterbinden. Spekulant*innen
76 zeigen wir konsequent die rote Karte. In den vergangenen fünf Jahren hat Neukölln unter
77 Führung des GRÜNEN Baustadtrates Jochen Biedermann die Wohn- und Stadtentwicklungspolitik
78 im Bezirk um 180 Grad gedreht - heute sind große Teile des Bezirks zum Milieuschutzgebiet
79 erklärt, wir kämpfen um jedes Haus und jede Wohnung. Das neu aufgebaute Präventionsteam im
80 Sozialamt unterstützt Menschen im Kampf gegen Mietschulden und Obdachlosigkeit. Diesen Weg
81 werden wir weitergehen. Das gilt auch für den Neubau. Das „Neuköllner Modell“ mit dem bei
82 Neubau preiswerter Wohnraum verlangt wird, ist mittlerweile über die Stadtgrenzen hinaus
83 bekannt, es steht für eine Politik, bei der beim Neubau konsequent ein Anteil von
84 Sozialwohnungen Pflicht ist.

85 Das Miteinander in Neukölln hängt elementar davon ab, dass die soziale Infrastruktur gut
86 aufgestellt ist. Das gilt für Schulen, Kindertagesstätten, Spielplätze,
87 Seniorenfreizeitstätten oder Gemeindezentren, aber auch für die Sozialarbeit. Wir haben es
88 in den vergangenen Jahren geschafft, soziale Träger in die dauerhafte Finanzierung zu
89 nehmen, die Neuköllner Stadtteilmütter sind sogar berlinweit als Projekt mit festen
90 Stellen verankert worden. In den nächsten Jahren möchten wir weitere Projekte besser
91 absichern und die Stadtteilkoordination als Anlaufstelle für Anwohner*innen und Projekte
92 stärken. Für Kitas oder kulturelle Einrichtungen wollen wir Räume schaffen, auch indem wir
93 dafür sorgen, dass sie bei der baulichen Planung konsequent mitgedacht werden.

94 Und was wäre Neukölln ohne die Durchmischung von Handwerk, kleinem Gewerbe, Industrie und
95 Gastronomie. All das wollen wir schützen. Neukölln braucht keine neuen Hotels oder reine
96 Bürogebäude in Wohngebieten, sondern vielfältige Stadtteile.

97 Schlüsselprojekte:

- 98 • Bezahlbares Wohnen statt Mietenwahnsinn
99 Die Mietpolitik haben wir vom Kopf auf die Füße gestellt. 2016 gab es noch kein
100 einziges Milieuschutzgebiet, jetzt gibt es zehn. Wir haben Häuser aufgekauft,
101 hunderte Wohnungen gerettet und mit dem „Neuköllner Modell“ beim Neubau wo immer
102 möglich Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Diesen Weg werden wir konsequent
103 weitergehen. Ziel ist, den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50
104 Prozent zu erhöhen. Auf Bundesebene kämpfen wir dafür, Mietobergrenzen im Bestand zu
105 ermöglichen.
- 106 • Soziale Infrastruktur sichern und ausbauen
107 Gemeinwohl braucht Räume, um sich zu entfalten. Das geht nur mit Stadtteilzentren,
108 Seniorenfreizeitstätten, Kitas, Jugendeinrichtungen und sicher finanzierten
109 Projekten. Es ist uns beispielsweise gelungen das Neuköllner Vorzeigeprojekt

110 Stadtteilmütter mit festen Stellen berlinweit zu verankern. Diesen Weg wollen wir
111 weitergehen, weitere Projekte finanziell dauerhaft sichern und neue Räume für
112 nachbarschaftliches Miteinander schaffen. Dazu gehören nicht-kommerzielle und ebenso
113 selbstverwaltete Angebote.

114 • Hermannplatz umgestalten - Verkehrssicherheit erhöhen

115 Der Hermannplatz ist ein zentraler Ort für den Norden des Bezirks. Aufgrund der
116 Verkehrsführung ist er allerdings als öffentlicher Aufenthaltsraum für alle wenig
117 nutzbar. Der Platz ist heute einer der Unfallschwerpunkte des Bezirks. Wir wollen
118 den Hermannplatz umgestalten und dabei die jetzigen Straßenflächen für Autos
119 deutlich reduzieren, sichere Fuß- und Radverbindungen über den Platz schaffen und
120 die gewonnene Fläche für neue Aufenthaltsangelegenheiten nutzen. Dabei wollen wir
121 Anwohner*innen und Marktbetreiber*innen einbinden. Voraussetzung für eine
122 stadtverträgliche Umgestaltung des Kaufhausstandortes ist für uns ein
123 ergebnisoffenes und transparentes Beteiligungsverfahren. Den von SIGNA
124 vorgeschlagenen Neubau eines Monumentalgebäudes lehnen wir ab.

125 **1.1 Fair Mieten, gerecht Wohnen**

126 Spekulation und Zweckentfremdung beenden, bezahlbaren Wohnraum schaffen

127 Steigende Mieten betreffen längst den gesamten Bezirk. Daher tut unser GRÜNER Baustadtrat
128 Jochen Biedermann alles in unserer Macht stehende, um Mieter*innen zu schützen. Der
129 Milieuschutz, der uns unter anderem die Anwendung des Vorkaufsrechts ermöglicht, ist das
130 wichtigste bezirkliche Instrument gegen Verdrängung und den Ausverkauf unserer Kieze durch
131 Spekulant*innen. Durch unser Engagement ist mittlerweile der gesamte Norden Neuköllns
132 Milieuschutzgebiet. Und auch außerhalb des S-Bahnringes haben wir GRÜNE für
133 Milieuschutzgebiete in der Gropiusstadt, um den Kranoldplatz und rund um die
134 Germaniapromenade gesorgt und somit die Zahl der Milieuschutzgebiete auf insgesamt zehn
135 erhöht - noch Anfang 2016 gab es kein Einziges!

136 Mit Milieuschutz können preistreibende Luxusmodernisierungen verhindert werden. So haben
137 wir in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass viele Neuköllner*innen in ihren Häusern
138 bleiben konnten und nicht wegen rasant steigender Mieten ausziehen mussten. Den
139 Milieuschutzregeln entwickeln wir kontinuierlich weiter - um sie noch passgenauer machen
140 und alle gesetzlichen Spielräume auszunutzen. Dabei binden wir interessierte
141 Neuköllner*innen mit ein, im von uns initiierten Milieuschutzbeirat beraten
142 Zivilgesellschaft, Eigentümer- und Mietervertreter*innen gemeinsam mit Politik und
143 Verwaltung. Das wollen wir forsetzen.

144
145 Wer hier Häuser kauft, muss sich an unsere Regeln halten. Investor*innen, die nicht bereit
146 sind etwa auf die Aufteilung der Gebäude in Eigentumswohnungen zu verzichten, dürfen in
147 Neukölln nicht mehr zum Zuge kommen. Darum haben wir GRÜNE erfolgreich das Vorkaufsrecht
148 in Neukölln angewandt. Partner sind dabei für uns nicht nur städtische
149 Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften, Stiftungen sowie Anwohner*innen-
150 und Nachbarschaftsinitiativen. Denn diese stellen sicher, dass die Objekte dauerhaft der
151 Spekulation entzogen werden. Dabei ist uns besonders wichtig, die betroffenen Mieter*innen
152 intensiv zu beteiligen. Eine neue geschaffene Stelle im Rathaus informiert Betroffene
153 frühzeitig darüber, dass die Ausübung des Vorkaufrechts geprüft wird und bindet sie durch
154 kontinuierliche und transparente Kommunikation ein.

155 Ein Vorkaufsrecht kann durch die Unterzeichnung einer Abwendungsvereinbarung abgewendet
156 werden. In diesen verpflichten sich Käufer*innen, auf Luxus-Modernisierung und 20 Jahre
157 auf Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verzichten. Auch durch diese Vereinbarungen
158 konnten wir in den vergangenen Jahren tausende Wohnungen in Neukölln vor
159 Mietpreistreiberei und Gentrifizierung schützen. Die aktive Wahrnehmung von bezirklichen
160 Befugnissen in Milieuschutzgebieten ist eines von vielen Beispielen, wie wir GRÜNE das Amt
161 für Stadtentwicklung in den letzten Jahren im Sinne der Neuköllner*innen neu ausgerichtet
162 haben. Das wollen wir fortsetzen.

163 Wohnungen sind keine Hotels. Darum setzen wir GRÜNE uns konsequent für die Einhaltung des
164 Zweckentfremdungsverbot ein. Zweckentfremdung zu ahnden ist sehr zeit- und
165 personalaufwändig. Im Bezirksamt wollen wir darum zusätzliche Stellen schaffen, um der
166 Zweckentfremdung von Wohnungen konsequent entgegenzutreten. Außerdem muss das
167 Zweckentfremdungsverbot auf Landesebene weiterentwickelt und geschärft werden. Den Neubau
168 von möblierten Microappartements wollen wir wo immer möglich unterbinden. Diese Form von
169 teurem und temporärem Wohnen treibt die Bodenpreise zusätzlich in die Höhe. In Berlin und
170 Neukölln braucht es „echte Wohnungen“ mit gemischten Grundrissen, die ein dauerhaftes
171 Wohnen von Singles wie von großen Familien ermöglichen und die Grundlage für eine
172 ausgewogene Nachbarschaften bilden.

173 Die Klimaziele werden ohne Maßnahmen im Gebäudebereich verfehlt werden. Energetische
174 Modernisierungen müssen jedoch für die Mieter*innen sozial tragfähig sein. Wir setzen uns
175 deshalb dafür ein, dass z.B. die begonnenen Aktivitäten für eine sozial verträgliche
176 Quartierssanierung fortgesetzt und alle Möglichkeiten der Inanspruchnahme von
177 Fördermitteln auch genutzt werden. Die Genehmigungskriterien für energetische
178 Modernisierung in Milieuschutzgebieten wollen wir so verfeinern, dass die Mieterhöhungen
179 warmmietneutral bleiben.

180 Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel steht der Bund nun in der
181 Pflicht, mietregulierend einzuschreiten. Unsere GRÜNEN Forderungen sind dabei klar: Wir
182 wollen Mietobergrenzen im Bestand ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und
183 verschärfen.

184 Eigentum verpflichtet

185 Wir GRÜNE wollen alle Hebel in Bewegung setzen, dass Häuser beim Verkauf in guten Händen
186 bleiben. Auch viele Einzeleigentümer*innen, die ihr Haus und seine Bewohner*innen seit
187 Langem kennen, haben daran ein Interesse. In den vergangenen Jahren hat sich unser GRÜNER
188 Baustadtrat mit viel persönlichem Einsatz um solche Fälle gekümmert. Wir wollen das
189 Bezirksamt mit mehr Mitteln ausstatten, um verkaufswillige Eigentümer*innen zu vernetzen
190 und Wege für einen verantwortungsbewussten Verkauf aufzuzeigen, bei dem auch die
191 Interessen der Mieter*innen gewahrt bleiben. Bisher fehlt im Bezirksamt eine Stelle, die
192 den Kontakt zu gemeinwohlorientierten Partnern herstellt, berät und den Prozess
193 professionell begleitet. Diese Lücke wollen wir GRÜNE schließen und eine Alternative zur
194 Beauftragung eines herkömmlichen Maklerbüros eröffnen.

195 Unter unserem GRÜNEN Stadtrat Jochen Biedermann hat das Bezirksamt in den letzten Jahren
196 zudem bei größeren Modernisierungsmaßnahmen mit den Eigentümer*innen eine Vielzahl von
197 Vereinbarungen ausgehandelt – etwa in der Gropiusstadt –, die die Mieterhöhungen begrenzen
198 und den Bewohner*innen ermöglichen, in ihren Wohnungen zu bleiben. Diesen Weg wollen wir
199 konsequent weiter fortsetzen.

200 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik,
201 dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich

202 Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des
203 Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu
204 gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu
205 erhöhen. Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen
206 verhandeln und agieren kann. Wenn Wohnungsunternehmen sich weigern, ihrer sozialen
207 Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren
208 gestützt, den Schritt der Vergesellschaftung gehen müssen.

209 Hilfe und Beratung geben und Obdachlosigkeit verhindern, bevor sie entsteht

210 Die Angst um ihre Wohnung macht Menschen nicht nur Angst, es macht sie oft regelrecht
211 krank. Wir nehmen es nicht hin, dass Betroffene aufgrund drastischer Mieterhöhungen oder
212 fingierter Eigenbedarfskündigungen ausziehen müssen. Denn meist verlieren sie nicht nur
213 die Wohnung, sondern ihr gesamtes soziales Umfeld, weil sie im Kiez keine neue Wohnung
214 finden. Helfen können hier die kostenlosen bezirklichen Mieter*innenberatungen, für die
215 wir GRÜNE eintreten.

216 Häufen sich Probleme in einem Haus, berät diese auch direkt vor Ort. Denn nur, wer
217 ihre*seine Rechte kennt, kann diese auch durchsetzen. Hierfür wollen wir dauerhaft die
218 erforderlichen Mittel im Bezirkshaushalt zur Verfügung stellen und die aufsuchende
219 Mieter*innenberatung ausbauen.

220 Für viele Menschen ist die Wohnungssuche besonders schwer: Sie werden aufgrund ihrer
221 Herkunft oder Zuwanderungsgeschichte, aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen
222 Orientierung, aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung, aufgrund eines geringen
223 Einkommens oder staatlicher Unterstützungsleistungen diskriminiert. Wir wollen, dass alle
224 Menschen den Bezirk ihr Zuhause nennen können. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
225 treten wir GRÜNE darum konsequent entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
226 bezirklichen Rechtsberatungen mit der Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem
227 Wohnungsmarkt eng kooperieren. Betroffenen soll so wirksam geholfen werden.

228 Das erfolgreichste Mittel gegen Obdachlosigkeit ist, zu verhindern, dass jemand seine
229 Wohnung verliert. Daher hat unser GRÜNER Stadtrat Jochen Biedermann in dieser Wahlperiode
230 ein vielbeachtetes Präventionsteam für Neuköllner*innen in Wohnungsnot aufgebaut und
231 Zwangsräumungen den Kampf angesagt. Das Präventionsteam unterstützt Mieter*innen, denen
232 Kündigung oder Räumung drohen. Sozialarbeiter*innen gehen zu Betroffenen nach Hause,
233 bieten Hilfe an und unterstützen sie dabei ihre Wohnung zu behalten. Dadurch konnten wir
234 allein im Jahr 2019 mehr als 150 Mietverhältnisse retten. Um Wohnungslosigkeit und
235 Obdachlosigkeit zu verhindern, werden wir diesen Weg konsequent weitergehen und zukünftig
236 noch enger mit Wohnungseigentümer*innen und den Wohnungsbaugesellschaften
237 zusammenarbeiten.

238 Wir werden aber auch die Unterstützung für wohnungslose und obdachlose Menschen weiter
239 stärken. Über das Angebot der Kältehilfe hinaus wollen wir Notunterkunftsplätze aufbauen,
240 in denen es zugleich niedrigschwellige und unbürokratische Beratungsangebote gibt, um
241 Menschen Wege aus der Obdachlosigkeit aufzuzeigen.

242 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass ein Pilotprojekt in Neukölln nach dem
243 Vorbild der erfolgreichen Initiative „Housing First Berlin“ eingerichtet wird. Dieses soll
244 insbesondere auch Menschen unterstützen, die auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung
245 ausgesetzt sind: Frauen*, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Schwarze Menschen
246 und People of Color sowie Obdachlose hohen Alters.

247 Der richtige Neubau für Neukölln

248 Die Flächen in Neukölln sind weitgehend bebaut, es gibt nicht mehr viele freie Flächen,
249 für Wohnungsbau. Die gute Nachricht ist, dass in Berlin dennoch genügend Bauland
250 ausgewiesen wurde, um den Bedarf an Wohnungen bis 2030 zu decken. Da Bauland wertvoll ist,
251 achten wir GRÜNE darauf, dass Neubau auch für Wohnungssuchende mit geringem und mittlerem
252 Einkommen entsteht und möglichst viel Grün erhalten bleibt. Mit bebaubaren Flächen muss
253 verantwortungsvoll und sparsam umgegangen und vor allem bezahlbarer Wohnraum geschaffen

254 . Mit bebaubaren Flächen muss verantwortungsvoll und sparsam umgegangen und vor allem
255 bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Entsprechend hat Geschosswohnungsbau dort, wo es
256 möglich und städtebaulich vertretbar ist, für uns grundsätzlich Priorität gegenüber dem
257 Einfamilienhausbau.

258 Wir brauchen Wohnungsneubau – aber den Richtigen! Noch immer wird vielfach am Bedarf
259 vorbei gebaut. Erst seitdem wir GRÜNE die Stadtentwicklung in Neukölln verantworten, ist
260 auch in unserem Bezirk ein Anteil von bezahlbaren Wohnungen bei Neubauvorhaben
261 verpflichtend: Knapp jede dritte Wohnung ist mietpreis- und belegungsgebunden, wenn neues
262 Baurecht geschaffen wird. Dieses sogenannte Berliner Modell der kooperativen
263 Baulandentwicklung muss auch weiter konsequent Anwendung finden. Einen Rückfall in Zeiten,
264 in denen Neubaubohne soziale Verpflichtungen gang und gäbe war, darf es nicht geben.

265 Wir GRÜNE haben im Bezirksamt mit dem Neuköllner Modell ein darüber hinausgehendes
266 Verfahren für kiezverträglichen Wohnungsbau entwickelt. Bei Neubau haben wir dadurch wo
267 immer möglich einen Anteil von Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Wir wollen zudem, dass
268 in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau keine einstöckigen Supermärkte oder Flachbauten
269 mehr errichtet werden. Stattdessen bieten mehrstöckige Gebäude Raum für Wohnungen und
270 soziale Infrastruktur. Wir unterstützen Eigentümer*innen dabei existierende einstöckige
271 Supermärkte zu überbauen oder durch mehrstöckige Gebäude zu ersetzen. Gleichzeitig
272 verlangen wir bei Neubau und Dachgeschossausbau, dass Ökologie und Stadtnatur mitgedacht
273 werden. Hofensiegelung, Fassadenbegrünung gehören genau dazu wie Lebenraum für Vögel.

274 Alle verbleibenden baulichen Flächen, die für einen Neubau in Frage kommen, sollen sozial
275 und ökologisch nachhaltig bebaut werden. Großflächigere Neubauprojekte brauchen
276 Verkehrskonzepte mit einer guten Anbindung an den ÖPNV. Jeder Neubau muss auch ökologisch
277 vertretbar sein. Flächenversiegelung wollen wir minimieren. Passiv- oder
278 Niedrigenergiebauweise und Solarenergie wollen wir fördern und Projekte unterstützen, die
279 verstärkt regionale und umweltschonende Baustoffe wie z.B. Holz und Recyclingmaterial
280 einsetzen. Regenwasserversickerung, Dach- und Fassadenbegrünung, Artenschutz und Erhalt
281 der Biodiversität müssen von Beginn an mitbedacht werden. Wo möglich sollen Dachflächen
282 für Solaranlagen genutzt werden. Im Zuge von Bauvorhaben treten wir GRÜNE überdies für
283 einen offenen Dialog und transparente Planungs- und Abstimmungsprozesse, die die
284 Beteiligung der Anwohnenden und den Austausch mit Stadtplaner*innen, dem Bezirksamt und
285 der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen.

286 1.2 Stadt für Alle

287 Stadtteiltreffpunkte sichern, Gemeinwesen und Communities stärken, Zwischennutzungen
288 ermöglichen

289 In den Neuköllner Quartiersmanagement-Gebieten (QM) wurden das Wohn- und Lebensumfeld zum
290 Beispiel durch angenehme Aufenthaltsorte und durch lokale Projekte für Bildung, Beratung,
291 Kultur und Nachbarschaft verbessert. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für neue QM-Gebiete
292 im Harzer Kiez, in Neu-Britz und in der nördlichen Gropiusstadt eingesetzt. Denn diese
293 Quartiere stehen schon lange vor großen Herausforderungen, wie z.B. Kinder- und

294 Familienarmut. Sie zeichnen sich aber vor allem durch ihre Qualitäten aus: Vielfalt,
295 Diversität und das hohe Engagement der Menschen vor Ort. Dieses Engagement der
296 Bewohner*innen und Initiativen für ihren Kiez soll ausgebaut, Projekte zur Bildung der
297 Stärkung der Nachbarschaft angestoßen und mit anderen Beratungs- und Beteiligungsformaten
298 wie z.B. den Mieter*innenberatungen eng verzahnt werden. Das Neuköllner Engagement-Zentrum
299 nahe dem Richardplatz soll auch in anderen Neuköllner Ortsteilen noch stärker sichtbar
300 werden.

301 Neben baulichen Maßnahmen wie die Sanierung von Spielätzen müssen vorhandene
302 Projektstrukturen verstetigt, die neue eingerichtete Stadtteilkoordination als
303 Ansprechpartnerin vor Ort, Nachbarschaftsgremien und lokale Beratungs- und
304 Bildungsangebote, erhalten und gestärkt werden. Es geht darum, an erfolgreiche soziale,
305 ökologische und städtebauliche Projekte bisheriger QM-Arbeit im Wohnumfeld anzuknüpfen und
306 neue zu initiieren. Dafür reicht aber das reine Ehrenamt nicht aus – es braucht auch die
307 unmittelbare Anknüpfung in der Verwaltung. Wir GRÜNE wollen die sozialraumorientierte
308 Stadtteilkoordination als Netzwerk- und Schnittstelle zwischen den Engagierten vor Ort und
309 der Verwaltung personell stärken. Nachdem dieses Konzept in Neukölln jahrelang blockiert
310 wurde, ist es uns in der letzten Wahlperiode endlich gelungen, die Umsetzung zu beginnen.
311 Daran wollen wir weiter arbeiten und so die Zivilgesellschaft in den Kiezen mit der
312 Politik und Verwaltung enger verzahnen.

313 Stadtteiltreffpunkte in Neukölln wie das Nachbarschaftsheim Neukölln, der
314 Nachbarschaftstreff Buckow, das Stadtteilbüro Reuterkiez oder die
315 Selbsthilfekontaktstellen in Neukölln-Süd und Nord finanzieren sich häufig aus ganz
316 unterschiedlichen Töpfen. Ohne diese Ankerinstitutionen vor Ort würden wichtige Akteure in
317 den Kiezen fehlen. Wir GRÜNE wollen die wichtige Arbeit sozialer Träger in Neukölln auf
318 stabile Füße stellen und die häufig noch stark projektbasierte Finanzierung auf eine
319 dauerhafte Finanzierung notwendiger Aufgaben durch Bezirk und Land umstellen.

320
321 Obwohl Räume immer knapper werden, stehen bezirkliche Grundstücke und teilweise auch
322 Gebäude leer. Mal hängt es an der Finanzierung des geplanten Neubaus, mal hakte es an der
323 Sanierung nicht voran. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir wollen alle un- und
324 untergenutzten bezirklichen Liegenschaften auf mögliche kulturelle, soziale oder
325 ökologische Zwischennutzungen prüfen um diese zu ermöglichen. Hierfür wollen wir klare und
326 transparente Kriterien schaffen, welche Flächen für welchen Zeitraum kreativ genutzt werden
327 können.

328 Mehr Platz für Kinder: Spielplätze erhalten, Spielstraßen schaffen

329 Kinderbrauchen Platz und Freiräume! In Neukölln gibt es sehr schöne, aber leider zu wenige
330 Spielplätze. Unser Bezirk liegt mit seinem Flächenanteil für Spielplätze pro Kind weit
331 unter dem Berliner Durchschnitt. Gerade im eng bebauten Norden fehlt es an Flächen, auf
332 denen Kinder ihrem Bewegungsdrang ungefährdet freien Lauf lassen können. Daher werden wir
333 auch zukünftig alle Finanzquellen nutzen, etwa aus der Städtebauförderung, um Spielplätze
334 zu sanieren oder neu anzulegen. Wir GRÜNE fordern mehr Spielplätze und eine stärkere Rolle
335 der Spielplatzkommission. Eltern, Kinder und Jugendliche sollen schon bei der Planung von
336 Spiel- und Freizeitflächen von der Bezirksverwaltung und der BVV gemeinsam an Vorschlägen
337 und Anregungen für bestehende und zukünftige Spiel- und Freizeitflächen arbeiten. Dort wo
338 möglich, wollen wir die Aufstellung von öffentlichen Trinkwasserspendern, Toiletten und
339 Wickelräumen. Beschlossene Spielplätze wie z.B. an der Zeitzer Straße geben wir nicht auf,
340 nur weil sich die Eigentümer*innen lukrativere Nutzungen wünschen.

341 Während der (temporären) Schließungen von Kitas und Schulen haben wir erste Erfahrungen
342 mit temporären Spielstraßen gemacht. Insbesondere für Familien waren die Freiflächen ein
343 Gewinn; Kinder erhalten so zusätzliche Möglichkeiten zum Austoben. Dieses Angebot soll
344 weiter ausgearbeitet, ausgebaut und verstetigt werden. Auch durch die dauerhafte autofreie
345 Umgestaltung von Straßen und Plätzen, wie am Böhmischem Platz, wollen wir neue Spiel- und
346 Freizeitflächen für Familien schaffen.

347 Neukölln gemeinsam für alle entwickeln

348 Inklusive Stadtentwicklung, Mobilitäts- und Verkehrspolitik bedeutet für uns auch mehr
349 Mitsprache für Anwohnende und Initiativen. Dazu gehört für uns sowohl die enge
350 Zusammenarbeit mit den zahlreichen Initiativen der engagierten Neuköllner
351 Zivilgesellschaft als auch die Stärkung der bezirklichen Gremien, in denen
352 Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammenkommen. Den bezirklichen FahrRat, in dem
353 über die Pläne der Verwaltung und Vorschläge der Zivilgesellschaft diskutiert wird, haben
354 wir reaktiviert, bringen uns aktiv ein und sind jederzeit offene Ansprechpartner für
355 Fahrrad- und Umweltverbände. Wir werden einen Fußverkehrs-Rat für den Bezirk einrichten,
356 der u.a. an der Erstellung des bezirklichen Fußverkehrsnetzes mitarbeitet.

357 Wir GRÜNE wollen, dass Anwohnende im gesamten Bezirk insbesondere bei Verkehrskonzepten,
358 Straßenbaumaßnahmen und bei der Neugestaltung von Plätzen und Kiezen stärker beteiligt
359 werden. Dies soll beispielsweise durch Beteiligungsveranstaltungen und -verfahren
360 entsprechend der Berliner Leitlinien der Bürger*innenbeteiligung geschehen, die wir auch
361 auf Bezirksebene weiter fortentwickeln und dauerhaft etablieren wollen.

362 Ein wichtiges stadtentwicklungs- und verkehrspolitisches Projekt ist die Umgestaltung des
363 Hermannplatzes. Wir GRÜNE wollen hier die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität für
364 alle Menschen erhöhen. Dafür wollen wir die Straßenflächen für Autos und andere
365 motorisierte Fahrzeuge deutlich reduzieren und mit separaten Radwegen eine sichere
366 Verbindung über den Platz schaffen. Der motorisierte Verkehr soll auf einer Seite des
367 Platzes konzentriert und auf der anderen ausgeschlossen werden. Auf den gewonnenen Flächen
368 des Platzes möchten wir neue Aufenthaltsmöglichkeiten beispielsweise durch
369 Sitzgelegenheiten schaffen. Den Markt wollen wir in alle Planungen einbeziehen und als
370 Nahversorger auf dem Platz erhalten. Um den Hermannplatz als Aufenthaltsraum und für den
371 Wochenmarkt zu sichern, soll die geplante Tram in der Urbanstraße eine Endhaltestelle
372 erhalten.

373 Den von SIGNA vorgeschlagenen Neubau eines Monumentalgebäudes am Hermannplatz mit seinem
374 massiven Gebäudekörper und dominanten Gebäudehöhe lehnen wir GRÜNE ab. SIGNA spekuliert
375 mit einer „Premiumimmobilie“ auf überdurchschnittliche Renditen, die auch im Umfeld zu
376 erheblichen Mietsteigerungen und so zur Verdrängung umliegender Gewerbetreibender und
377 Mieter*innen führen würde. Voraussetzung für eine stadtverträgliche Umgestaltung des
378 Kaufhausstandortes am Hermannplatz ist für uns ein ergebnisoffenes und transparentes
379 Verfahren unter Einbeziehung der Berliner Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung. Dabei
380 steht der Erhalt des Kaufhausstandortes im Fokus Sanierung des Bestandsgebäudes hat
381 Vorrang vor einem Neubau.

382 Soziale Infrastruktur, Kultur und Gewerbe schützen

383 Viele Neuköllner Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen haben erhebliche Probleme,
384 bezahlbare Geschäftsräume zu finden oder halten zu können. Derzeit existiert kein Schutz
385 für Gewerbemietende*innen, ob bei existenzgefährdenden Pachterhöhungen oder Kündigungen. Wir
386 GRÜNE fordern, dass der Bundesgesetzgeber das Gewerbemietrecht überarbeitet und wollen,

387 dass der Bezirk hier seinen politischen Einfluss geltend macht. Außerdem plädieren wir für
388 eine gezielte Vermietung an gemeinwohlorientierte Initiativen und soziale Infrastruktur.

389 Soziale Infrastruktur wie Kitas und kulturelle Einrichtungen sollen bei der baulichen
390 Planung konsequent mitgedacht werden. Bei größeren Bauvorhaben muss das Bezirksamt auf
391 einen Anteil günstiger Gewerbeflächen z.B. im Erdgeschoss drängen. Beim Senat soll sich
392 Neukölln für den Ankauf von Gewerbeflächen und Liegenschaften einsetzen, welche dann zu
393 günstigen Konditionen an soziale Infrastruktur, kulturelle Einrichtungen,
394 Unternehmensgründer*innen oder gemeinnützige Organisationen vergeben werden. Außerdem
395 setzen wir GRÜNE uns auf der Berliner Landesebene dafür ein, Nutzungsflächen für Kultur
396 und soziale Projekte einzuplanen. In der Entwicklung von Quartieren muss Raum für Kunst &
397 Kultur von Anfang an mitgedacht und eingeplant werden. Wir unterstützen, dass
398 vorübergehend leerstehende Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle (Zwischen-
399)Nutzungen zur Verfügung stehen.

400 Die Kiezmischung mit ihren Flächen für Handwerk, kleine Gewerbe neben Wohngebäuden soll
401 bleiben. Neukölln braucht in Wohngebieten keine neuen Hotels, reine Bürogebäude oder
402 großflächigen Einzelhandel. Wir GRÜNE wollen alle Möglichkeiten des Bauplanungsrechts
403 nutzen, um die derzeitige gewerbliche Durchmischung unserer Kieze zu schützen.

404 Neukölln braucht aber auch darüber hinaus mehr Räume zur Begegnung und zur
405 Selbstentfaltung – für Kinder und Jugendliche, für Communities, für die Nachbarschaft.
406 Darum möchten wir GRÜNE die bereits bestehende Nutzung öffentlicher Räume zusätzlichen
407 Gruppen erleichtern. So sollen etwa Schulräume auch außerhalb des Unterrichts und in den
408 Ferien genutzt und Schulsportanlagen an den Wochenenden sowie den Nachmittags- und
409 Abendstunden nach Schulschluss für Vereins- und Freizeitsport zugänglich gemacht werden.
410 Auch Außerschulischen Initiativen, Künstler*innen und Kulturschaffende möchten wir den
411 Zugang zu diesen Räumen erleichtern. In dem Zusammenhang soll auch die Zusammenarbeit von
412 Schulen und freien Projekten vereinfacht werden. Das erfordert Koordination, Aufsicht und
413 Begleitung. Hierzu wollen wir den Schulen die Mittel bereitstellen, beginnend mit
414 ausreichend Stellen für Hausmeister*innen – denn die „Öffnung“ fängt ganz praktisch mit
415 dem Aufschließen und der Vorbereitung der Räume an. Wir GRÜNE setzen uns zudem für ein
416 zentrales Raumvergabemanagement im Bezirk ein, um die Raumsuche für Vereine, Initiativen
417 und Anwohnenden zu vereinfachen. Hierfür wollen wir ein entsprechendes Pilotprojekt
418 einrichten.

419 Gastronomie und Tourismus kiezverträglich gestalten

420 Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Neukölln. Gleichzeitig stellt er für
421 viele Anwohner*innen in ihrem Alltag eine erhebliche Belastung dar. Touristische Angebote
422 dürfen nicht zu Lasten der Anwohner*innen sein. Dafür entwickeln wir Konzepte eines
423 kiezverträglichen Tourismus. Derzeit konzentriert sich das Geschehen noch stark auf
424 Gebiete im Norden Neuköllns. Wir GRÜNE möchten, dass die Vielfalt des Bezirks wahrgenommen
425 wird und wollen existierende touristische Angebote insbesondere im Süden des Bezirks
426 stärken. So können beispielsweise durch gezielte Stadtführungen vorhandene
427 Sehenswürdigkeiten – die Gropiusstadt als Beispiel für Großsiedlungen, das Weltkulturerbe
428 Hufeisensiedlung, der Mauerweg Abschnitt Neukölln, der Britzer Garten – stärker in den
429 Fokus gerückt werden. Der neu eingesetzte bezirkliche Tourismus-Beirat soll das Neuköllner
430 Tourismuskonzept aktiv begleiten und die unterschiedlichen Interessen in die
431 Bezirkspolitik einbringen.

432 Die lokale Gastronomie soll auch auf Außenflächen kiezverträgliche Angebote machen können.
433 Dabei wollen wir Lösungen finden, die die Bedürfnisse der Anwohnenden respektieren und
434 gleichzeitig auch die lokale Gastronomie unterstützen. Eine Erlaubnis für

435 Außengastronomie-Flächen soll etwa nur erhalten, wer sich rücksichtsvoll verhält und die
436 Ruhezeiten einhält. Bereits genehmigte Außenflächen von gastronomischen Betrieben möchten
437 wir durch Kennzeichnungen sichtbar machen und an geeigneten Stellen von den Gehwegen auf
438 die Straße verlagern. Dafür wollen wir Parkplätze umwidmen.

439 Durch die stetige Zunahme von gastronomischen Nutzungen und Besucher*innen sind viele
440 Kieze im Norden Neuköllns stark belastet. Die in der Gastronomie erzielbaren Mieten führen
441 etwa zur Kündigung und Verdrängung kleinerer Kiezläden und sozialer Einrichtungen. Der
442 Reuterkiez ist besonders stark betroffen. Hier wollen wir GRÜNE neue Maßnahmen erproben.
443 Die Bestandsaufnahme der Gewerbenutzungen im Reuterkiez, die das Bezirksamt in dieser
444 Wahlperiode auf unsere Initiative durchgeführt hat, ist eine wichtige Grundlage, um die
445 Entwicklung steuern zu können. Unser Ziel ist es, möglichst keine neuen
446 Gastronomiebetriebe mehr zuzulassen. Dieses Projekt wollen wir in der nächsten Wahlperiode
447 auch auf andere Kieze ausweiten, um auch diese vor der einseitigen Ausrichtung auf
448 gastronomisches Gewerbe zu schützen.

449 In vielen Bereichen – wie bei Lärm und Müll – sind die Folgen touristischer und nicht-
450 touristischer Nutzung schwer abgrenzbar. Party-Hostels gehören jedoch nicht in
451 Wohngebiete, schon gar nicht in ruhige Innenhöfe. Wir GRÜNE haben hier in der aktuellen
452 Wahlperiode klar einen Schwerpunkt auf die Ruhe der Bewohner*innen gesetzt und
453 Hostelnutzungen in Innenhöfen konsequent einen Riegel vorgeschoben, wo immer das rechtlich
454 möglich war. Neue Hotels und Hostels in Wohngebieten wollen wir verhindern. Um Tourismus
455 kiezverträglich zu gestalten, wollen wir einen Runden Tisch Reuterkiez einrichten, der in
456 einem Mediationsprozess mit allen Beteiligten, dem Tourismus-Beirat und der Verwaltung
457 Problemlagen identifiziert und Lösungen, insbesondere hinsichtlich der Lärmbelästigung,
458 erarbeitet. Erfolgreiche Maßnahmen sollen auf andere stark frequentierte Kieze
459 (Schillerkiez, Richardkiez, etc.) übertragen werden.

A3NEU3 2. Den öffentlichen Raum neu aufteilen

Antragsteller*innen:

Text

460 2. Den öffentlichen Raum neu aufteilen

461 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Neukölln gesund und gut leben und
462 sich klimagerecht, sicher und bequem fortbewegen können. Denn die Kieze sind unsere
463 Lebensmittelpunkte. Hier wohnen, lernen und arbeiten wir, kaufen wir ein, bewegen uns fort
464 und verbringen unsere Freizeit. Die jahrzehntelange Bevorzugung des Autoverkehrs werden
465 wir beenden. Sie führte zu verstopften Straßen und Lärm, belastet die Luft und das Klima,
466 verstellt den öffentlichen Raum in unseren Kiezen und gefährdet Fußgänger*innen und
467 Radfahrer*innen.

468 Unser Anspruch ist, den öffentlichen Raum völlig neu und gerechter zu verteilen. Wir
469 wollen ein Neukölln, das zum privaten Autoverkehr attraktive Alternativen bereit stellt.
470 Das beginnt damit Fuß- und Radwege, den ÖPNV und Sharing-Modelle zu stärken, den
471 Durchgangsverkehr aus den Nebenstraßen zu holen und eine konsequente
472 Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um den Parksuchverkehr zu verringern. Mit der
473 Einrichtung von Kiezblocks und der Umwandlung von Parkplätzen wollen wir die Kieze
474 lebenswerter gestalten und für mehr Flächengerechtigkeit sorgen. Eine neue Aufteilung des
475 Raums heißt auch mehr Sicherheit für alle Beteiligten. Unser Ziel ist die „Vision Zero“.
476 Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen im Straßenverkehr immer wieder verletzt werden oder
477 gar zu Tode kommen. Darum werden wir Kreuzungen umbauen, Knotenpunkte neu gestalten und
478 sicheren Verkehr für alle möglich machen.

479 Die Reduzierung des Autoverkehrs hängt unmittelbar zusammen mit dem Ausbau von Bus und
480 Bahn. Die U7-Verlängerung nach Schönefeld hat die GRÜNE Verkehrssenatorin Regine Günther
481 bereits angestoßen. Wir wollen darüber hinaus Tramlinien ausbauen, sowohl im Norden zum
482 Hermannplatz als auch in den Süden Neuköllns. Und gerade im Süden wollen wir den Takt der
483 Busfolgen weiter verdichten, so dass sich alle sicher sein können: Der Bus kommt und er
484 kommt schnell.

485 Zudem möchten wir das bestehende Netz durch flexible Kleinbusse und Ruf-Angebote ergänzen,
486 und das Angebot an Busverbindungen ins Umland verbessern. Wir setzen uns auch für eine
487 bessere Abstimmung der Verkehrsplanung mit den Umlandgemeinden ein.

488 Einen Schwerpunkt unserer Arbeit werden wir auf den Ausbau der Radinfrastruktur legen.
489 Dies gilt für weitere Protected Bike Lanes, für Fahrradstraßen und für Radschnellwege, die
490 Rudow, Buckow und Britz mit dem Norden des Bezirks und dem Zentrum Berlins verbinden.
491 Daneben gilt es, das bestehende Radwegenetz im ganzen Bezirk konsequent zu sanieren und
492 auszubauen. Wir wollen attraktive und sichere Radwege in ganz Neukölln!

493 Wir haben die Chance, Neukölln neu zu denken – mit weniger Abgasen, mehr Platz und einer
494 neuen Lebensqualität für alle.

495 **Schlüsselprojekte:**

- 496 • Weniger Autos, mehr Platz für alle - Kiezblocks einführen
497 Wir wollen den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten, Parkplätze reduzieren,
498 Spiel- und Begegnungsflächen und mehr Grün schaffen. Dazu wollen wir “Kiezblocks”
499 einführen – mit Diagonalsperren oder Filtern, die keine Autos aber Fahrräder und

500 Fußgänger*innen durchlassen, werden geeignete Plätze und Straßen zu komplett
 501 autofreien Orten der Begegnung. Wir wollen dabei mit dem Schiller-, dem Richard- und
 502 dem Reuterkiez beginnen und das Konzept schrittweise auf weitere Kieze ausweiten.
 503 Lieferverkehr wollen wir reduzieren, etwa durch die Bündelung von Paketsendungen
 504 über so genannte „Microdepots und City-Hubs“

505 • Neukölln wird Vorreiter für Radverkehr und Fußgänger*innen
 506 Wir wollen mehr Raum und gute Infrastruktur für Radverkehr und Fußgänger*innen. Den
 507 Umbau haben wir begonnen, jetzt müssen wir schneller werden: Mit mehr Fahrradstraßen
 508 in den Kiezen, dem Ausbau geschützter Radwege an den Hauptstraßen und einem
 509 Radschnellweg vom Tempelhofer Feld bis nach Rudow (Y-Trasse). An S+U-Bahnstationen
 510 wollen wir Fahrradparkhäuser einrichten, beginnend am U-Bahnhof Rudow und entlang
 511 des S-Bahn-Rings. Den Fußverkehr werden wir systematisch in der Verkehrsplanung
 512 verankern. Ziel sind breite, sichere, barrierefreie, gut ausgeleuchtete und direkte
 513 Wege. Kreuzungen und Überwege machen wir durch Sichtbeziehungen und bauliche
 514 Maßnahmen sicherer. Mehr Barrierefreiheit wollen wir mit Bordsteinabsenkungen und
 515 taktilen Leitsystemen erreichen.

516 • Bus- und Bahn-Angebot ausbauen
 517 Wir stehen für den Ausbau von Bus und Bahn. Auf Landesebene haben wir dazu bereits
 518 riesige Schritte gemacht und weitere vorbereitet. Wir unterstützen die geplante
 519 Verlängerung der U7 nach Schönefeld. Wir wollen die Tram zurück nach Neukölln holen,
 520 beginnend mit der Verlängerung der M10 von der Warschauer Brücke zum Hermannplatz.
 521 Perspektivisch wollen wir die Sonnenallee Richtung Süden sowie auch von Schöneweide
 522 aus den Süden des Bezirks anbinden. Und wir wollen die Bustaktung gerade im Süden
 523 Neuköllns stark ausbauen.

524

525 2.1 Die Kieze den Menschen, nicht den Motoren

526 Reclaim the Streets - Erobern wir die Straßen!

527 Die Pandemie hat gezeigt, wie notwendig und wertvoll Freiräume sind – gerade im dicht
 528 besiedelten Norden Neuköllns. Durch die Wohnungsnot wachsen viele Kinder in extrem
 529 beengten Verhältnissen auf und sind auf öffentliche Räume besonders angewiesen. Mit
 530 Kiezblocks wollen wir GRÜNE Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten, Parkplätze
 531 reduzieren, Spiel- und Begegnungsflächen ausbauen und mehr Grün schaffen. Dabei
 532 orientieren wir uns am Vorbild sogenannter „Superblocks“ in anderen europäischen Städten
 533 wie z.B. in Barcelona. Einzelne Plätze und Straßen werden zu komplett autofreien Orten der
 534 Begegnung. Der freigewordene Raum wird gemeinsam mit den Anwohner*innen, Kitas, Schulen,
 535 Gewerbetreibenden, Kiezinstitutionen und Quartiersmanagements z.B. in
 536 Bürger*innenversammlungen neu gestaltet. Um die Interessen und Bedarfe der diversen
 537 Bezirksgesellschaft im Zuge der Neugestaltung zu berücksichtigen, möchten wir GRÜNE eine
 538 Erhebung zur Nutzung des öffentlichen Raums mit Fokus auf Vielfaltskriterien durchführen.

539 In Teilen Neuköllns sind wir GRÜNE in den vergangenen Jahren bereits den Schritt von der
 540 Verkehrsberuhigung zu autoreduzierten bzw. autofreien Bereichen gegangen. Das von uns mit
 541 initiierte Verkehrskonzept im Richardkiez führte zur autofreien Umgestaltung des
 542 Böhmisches Platzes, der dadurch zu einem neuen Begegnungsort geworden ist. Das wollen wir
 543 fortsetzen und neben zusätzlicher Verkehrsberuhigung auch weitere Straßen und Plätze, wie
 544 den Karl-Marx-Platz mit seinem Wochenmarkt, autofrei umgestalten. Diese Beispiele zeigen,
 545 dass es geht und der Umbau der Stadt begonnen hat. In den kommenden Jahren wollen wir an

546 Tempo zulegen und mutigere Schritte gehen, um Durchgangsverkehr aus den Kiezen
547 rauszuhalten und öffentlichen Raum neu zu verteilen. Daher haben wir uns bereits in der
548 BVV für erste Kiezblocks im Schiller- und Richardkiez eingesetzt. In diesen beiden Kiezen
549 und im Reuterkiez wollen wir nach der Wahl mit der Einrichtung von Kiezblocks beginnen und
550 das Konzept schrittweise auf weitere Kieze ausweiten.

551

552

553 Mehr Flächengerechtigkeit! Autos in die Schranken weisen

554 Parkende Fahrzeuge verstellen in ganz Neukölln den öffentlichen Raum. Dennoch können die
555 Menschen, die wirklich einen Parkplatz brauchen, oftmals keinen bekommen. Allein die
556 Parkplatzsuche macht in Berlin 20-30 Prozent des Gesamtverkehrs aus. Das kostet Nerven und
557 verursacht Lärm und Abgase. Für Radfahrende können Zweite-Reihe-Parker*innen
558 lebensgefährlich sein, vor allem wenn Radler*innen deswegen eine Radspur verlassen müssen.
559 Um diese Probleme zu beheben setzen wir GRÜNE uns seit Jahren in der Bezirksverordneten
560 Versammlung für Parkraumbewirtschaftung ein. Denn das ist ein wichtiger Schritt, um den
561 Parkdruck zu senken, unnötigen Parksuchverkehr zu vermeiden und Falschparker*innen stärker
562 zu kontrollieren. Durch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung werden Besucher*innen
563 angeregt, auf Fahrrad und ÖPNV zu setzen. Das ist gut für die Umwelt und gut für die
564 Menschen. Anwohner*innen können mit einem Parkausweis sicher in deklarierten Zonen parken
565 – alle anderen müssen zum Parken ein Ticket lösen. Für die Durchführung von Kontrollen in
566 Parkraumbewirtschaftungszonen wollen wir das Ordnungsamt mit mehr Personal ausstatten.

567 An den Kiezen wollen wir GRÜNE sogenannte Mobility Hubs einrichten, an denen verschiedene
568 Mobilitätsangebote zusammenkommen, zwischen denen man unkompliziert wechseln kann: Laufen,
569 Radfahren, Elektro-Mobilität vor allem als Teil von Sharing-Angeboten und der öffentliche
570 Nahverkehr. Wir wollen Car-Sharing-Angebote auch in den Süden des Bezirks bringen. An der
571 Stadtgrenze sollen Park&Ride-Plätze Autopendler*innen aus dem Berliner Umland das
572 Umsteigen auf Bahn, Bus oder Fahrrad ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für ausreichend
573 Fahrradabstellplätze, Fahrradparkhäuser oder überdachte Abstellflächen an allen S+U-
574 Bahnhöfen des Bezirks ein. Priorität haben dabei Standorte entlang des S-Bahn-Rings und am
575 U-Bahnhof Rudow, danach an allen weiteren U-Bahnhöfen.

576 Den Ausbau der A100 haben wir von Anfang an abgelehnt. Statt einer modernen Verkehrswende,
577 die Umwelt und Klima schützt und Lebensqualität erhöht, steht die damalige Entscheidung
578 von SPD und CDU für ein „Weiter so“ in der autogerechten Stadt der Vergangenheit. Mit der
579 Eröffnung des neuen Abschnittes werden auch auf Neukölln negative Begleiterscheinungen
580 durch zusätzlichen Verkehr, insbesondere an der Abfahrt Sonnenallee entstehen. Hier muss
581 durch ein durchdachtes Verkehrskonzept und konsequente Verhinderung von
582 Durchgangsverkehr die Belastung der anliegenden Kieze minimiert werden.
583 Der Rückbau der A100 ist für uns deshalb eine ernstzunehmende Option.

584 Gewerbeverkehr reduzieren - Alternative Lastentransportmittel fördern

585 Kurze Wege zu den Angeboten im Kiez sind auch Teil unserer Vision für die Verkehrswende.
586 Das gilt natürlich auch für den Gewerbe- und Lieferverkehr. Gerade in Nordneukölln
587 behindern Anlieferungen oft den Busverkehr, gefährden Radfahrende und Fußgänger*innen. Die
588 zumeist Diesel-betriebenen Fahrzeuge belasten zusätzlich die Luft und das Klima. Zudem
589 erschwert der Bedarf an Parkplätzen die menschenfreundliche Umgestaltung des
590 Straßenraums. Wir GRÜNE wollen neue Ideen voranbringen, um den Lieferverkehr zu
591 reduzieren. So wollen wir Standorte für sog. Microdepots und City-Hubs prüfen – also
592 Umschlagplätze, auf denen Lieferungen für die Verteilung in Wohnviertel von großen
593 Lastwagen auf umweltfreundliche Lieferfahrzeugen (Lastenräder, Elektro-Kleintransporter

594 etc.) erfolgen können, denn die Neuorganisation des Lieferverkehrs wird ein
595 Schlüsselement für die Verkehrswende sein. Konzepte wie „Kiezboten“ helfen dabei
596 Anlieferungen der unterschiedlichen Paketdienste lokal zu bündeln. Für eine bessere
597 zeitliche Verteilung des Lieferverkehrs wollen wir Lieferzeitenregelungen (z.B.
598 Nachtlieferungen), insbesondere für Supermärkte und Einkaufszentren, prüfen.

599 Die kommunale und kostenfreie Lastenrad-Flotte wollen wir weiter ausbauen. Quer durch alle
600 Kieze und Stadtteile sollen sie spontan sowie im Voraus buchbar sein. Zudem erarbeiten wir
601 eine Kampagne zur Sensibilisierung lokaler Gewerbetreibender in Neukölln und helfen ihnen,
602 an Fördermittel für eigene Lastenräder von Bund oder Land zu gelangen. Um die
603 Attraktivität des Angebots zu steigern, werden wir Parkbuchten und ausgewiesene Parkplätze
604 für sie schaffen.

605 Schließlich möchten wir das brachliegende Potential der Neuköllner Schienen- und
606 Wasserwege heben und mit Gewerbe- und Industriebetrieben an der verstärkten Nutzung als
607 Alternative für den Warenverkehr arbeiten. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Umbau des
608 Neuköllner Hafens von Bezirksseite mit Blick auf das angrenzende Industriegebiet aktiv
609 begleiten.

610 Gesund und sicher durch den Straßenverkehr

611 Das ökologische und sozial gerechte Neukölln braucht die Verkehrswende mit klimagerechter
612 und gesunder Mobilität für alle Menschen. Motorisierter Straßenverkehr ist
613 Hauptverursacher für Luftverschmutzung und Lärm in der Stadt. Gerade an den Hauptstraßen
614 Neuköllns sind die Menschen besonders schwer betroffen. Die Verschmutzung der Luft und die
615 Lärmbelastung ist nicht zuletzt damit auch eine soziale Frage, denn hier wohnen besonders
616 häufig Menschen mit geringem Einkommen. Wir GRÜNE akzeptieren nicht, dass insbesondere sie
617 die enormen Belastungen für Gesundheit und Lebensqualität durch Feinstaub, Abgase und Lärm
618 belasten.

619 Dort wo wir nicht auf motorisierten Verkehr verzichten können, bevorzugen wir – vor allem
620 die gemeinschaftlich nutzbare – Elektromobilität, die deutlich leiser ist und weniger
621 Schadstoffe in der Stadt erzeugt. Wir sind uns bewusst, dass auch elektrische Autos
622 erhebliche Umweltbelastungen verursachen. Daher wollen wir GRÜNE die Zahl privater Autos
623 im Bezirk merklich reduzieren. Statt Autolärm und Abgasen entsteht somit mehr Platz und
624 Lebensqualität für alle. Zudem werden wir uns auf allen politischen Ebenen dafür
625 einsetzen, dass Tempo 30 leichter als Höchstgeschwindigkeit auf Hauptverkehrsstraßen
626 angeordnet werden kann. Tempo 30 verringert nicht nur Luftverschmutzungen und Lärm,
627 sondern langsames Fahren hat auch positive Einflüsse auf die Verkehrssicherheit, indem
628 es etwa den Bremsweg verkürzt. Es erhöht die Lebensqualität, weil sich Fußgänger*innen-,
629 Rad- und Autofahrende angenehm und sicher die Straße teilen können. Für uns ist dabei
630 klar, dass es nur mit einem "Tempo 30"-Schild nicht getan ist, sondern ergänzend auch
631 bauliche Maßnahmen oder mehr Kontrollen eingesetzt werden.

632 Wir GRÜNE wollen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden erhöhen. Unser erklärtes Ziel
633 ist die „Vision Zero“: Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen im Straßenverkehr zu Schaden
634 kommen. In Neukölln kommt es an zahlreichen Kreuzungen und Knotenpunkten, wie bspw. dem
635 Hermannplatz, immer wieder zu Unfällen. Insbesondere für Radfahrende und Fußgänger*innen
636 endet dies oft tödlich. Beim Abbiegen und beim Unterschreiten des Sicherheitsabstandes
637 passieren die häufigsten Unfälle. Deshalb müssen Abbiegeassistenten für alle LKW
638 verpflichtend werden. Auf Landesebene wird dies bereits durch eine Initiative der GRÜNEN
639 vorangetrieben. Zudem hat es auch künftig dringende Priorität, Unfallschwerpunkte zügig zu
640 entschärfen. Hierfür notwendige bauliche Maßnahmen wollen wir GRÜNE frühzeitig planen,
641 transparent kommunizieren und schneller umsetzen. Dazu gehören die räumliche Trennung von

642 Kraftfahrzeugen und Fahrradverkehr sowie getrennte Grünphasen. Wo diese Trennung fehlt,
643 wollen wir uns bei den örtlichen Polizeiabschnitten für regelmäßige Kontrollen von
644 Überholabständen einsetzen.

645 Der ÖPNV ist ein wichtiger Baustein der Verkehrswende. Leider haben insbesondere Frauen,
646 von Rassismus, Antisemitismus oder LSBTIQ*-Feindlichkeit betroffene Personen, Menschen mit
647 Behinderung sowie ältere Menschen Angst oder Sicherheitsbedenken, nachts öffentliche
648 Verkehrsmittel sowie Teile des öffentlichen Raums zu nutzen. Wir nehmen diese Sorgen
649 ernst! Ihre Mobilität und Freiheit werden dadurch erheblich eingeschränkt. Darum werden
650 wir uns dafür einsetzen, dass der Bezirk unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, ÖPNV-
651 Anbietenden, Initiativen und Quartiersmanagements Konzepte entwickeln, um Angsträume im
652 ÖPNV und auf den Straßen abzubauen. Hierzu zählen etwa Maßnahmen wie eine besseren
653 Beleuchtung von Straßen und im öffentlichen Raum sowie Ansprechpersonen im ÖPNV. Keine
654 geeignete Lösung ist die bloße Ausweitung von Videoüberwachung. Denn diese stärkt nicht
655 die tatsächliche Sicherheit Betroffener. Stattdessen greift sie erheblich in die
656 Selbstbestimmung und Privatsphäre aller Menschen ein. Vor allem Frauen, Kinder und ältere
657 Menschen, Menschen mit einer Behinderung und Menschen mit geringem Einkommen werden auch
658 bei einer vorwiegend auf den Autoverkehr ausgerichteten Verkehrsplanung ausgegrenzt. Darum
659 muss die Verkehrs- und Mobilitätssituation als Ganzes in Neukölln durch ein Gender- und
660 Vielfaltsmainstreaming analysiert werden. Was brauchen Menschen, die viele
661 aneinandergereihte Fußwege zurücklegen, die barrierefreie Strecken benötigen oder den ÖPNV
662 öfter nutzen? Welche Strecken müssen für Alltagsbedürfnisse bewältigt werden? Und in
663 welchem Zustand sind diese Wege? Welche Wege werden von Kindern und Jugendlichen als
664 Schulwege genutzt und bedürfen daher einer besonderen Sicherheit, um die Schwächsten im
665 Verkehr zu schützen? Im Rahmen einer Studie sollen Mobilitäts- und Verkehrsbedürfnisse
666 unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen geklärt sowie Verbesserung hinsichtlich
667 Streckenwegen, Infrastruktur und ihrer Wartung geprüft werden. Ziel ist es, die
668 Verkehrspolitik, -planung und -lenkung intersektional und feministisch auszurichten und
669 die Bedürfnisse der Neuköllner Bevölkerung unabhängig von der historisch gewachsenen
670 Bevorzugung des Autoverkehrs neu zu denken – insbesondere im Hinblick auf das Angebot für
671 Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verkehr.

672 2.2. Klimagerecht und bequem unterwegs

673 Mehr Raum für sicheren Fußverkehr

674 In Berlin wird jeder dritte Weg zu Fuß zurückgelegt. Dies ist zweifelsohne die
675 klimafreundlichste Art sich fortzubewegen. Trotzdem bekommt der Fußverkehr in der
676 Verkehrsplanung oft zu wenig Aufmerksamkeit. Das muss sich ändern! Mit dem bundesweit
677 ersten Mobilitätsgesetz sind wir GRÜNE neue Wege gegangen und haben dabei für ganz Berlin
678 auch eine gute Grundlage für sicheren und barrierefreien Fußverkehr geschaffen. Doch die
679 Fußwege sind häufig in schlechtem Zustand und durch Gewerbe oder Baustellen gestört. Für
680 die Verwendung der Tiefbaumittel sollen entsprechend neue Prioritäten gesetzt werden. Wir
681 brauchen breite, barrierefreie, gut ausgeleuchtete, direkte und sichere Fußwege für alle!

682
683 Wir GRÜNE wollen ein barrierefreies und beschildertes bezirkliches Fußwegenetz unter
684 Beteiligung des neu einzurichtenden Fußverkehrs-Rat erarbeiten. Dieses Fußwegenetz soll
685 sich durch eine besonders fußverkehrsfreundliche Gestaltung und Ausstattung des
686 Straßenraums sowie eine hohe Aufenthaltsqualität auszeichnen und wird bei nötigen
687 baulichen Maßnahmen priorisiert.

688
689 Neukölln soll für alle Menschen zugänglich sein. Dabei nimmt der barrierefreie Fußverkehr

690 besondere Priorität ein. Bordsteine an Übergängen wollen wir GRÜNE generell absenken,
691 taktile Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte auf Gehwegen installieren,
692 Ampelschaltungen fußgänger*innenfreundlich gestalten.

693
694 Mit den Mitteln aus dem Gehweg-Sanierungsprogramm wollen wir Kreuzungen und Übergänge
695 konsequent umgestalten und den Umbau beschleunigen. So tragen wir auch zu sicheren
696 Schulwegen für die Jüngsten bei. Denn Verkehrssicherheit betrifft vor allem auch junge
697 Menschen - Kinder und Jugendliche, die selbständig und sicher zur Schule, zum Sportverein,
698 zu Freunden gelangen sollten. Schulwegsicherheit steht für uns deshalb im Fokus: Wir
699 wollen vor jeder Schule Tempo-30-Zonen, Halteverbotszonen und, wenn möglich, mindestens
700 einen Zebrastreifen einrichten. Ampelschaltungen sind so zu gestalten, dass auch Kindern
701 ein sicheres Überqueren der Straße ermöglicht wird.

702
703 An stark befahrenen Straßen wollen wir wo möglich zusätzliche geschützte Übergänge
704 (Zebrastreifen), Ampeln oder Mittelinseln einrichten, um die Straßenquerung für
705 Fußgänger*innen zu erleichtern. Außerdem beseitigen wir die Umwege des Fußverkehrs, die
706 zugunsten eines "flüssigen" Autoverkehrs erzwungen werden, z.B. den Zaun auf der
707 Hermannbrücke.

708 Die größten Gefahren für Fußgänger*innen entstehen immer noch in Kreuzungsbereichen,
709 gerade in Nebenstraßen ist eine barrierefreie Querung häufig nicht möglich.

710 Die Sicherheit von Kreuzungsbereichen wollen wir u.a. durch geeignete Querungshilfen wie
711 Gehwegvorstreckungen oder den Einsatz von Fahrradbügeln und Pollern erhöhen. Dabei stehen
712 neben der Verringerung der zu querenden Strecke, insbesondere die Verbesserung von
713 Sichtbeziehungen und die bauliche Unterbindung von „Eckenparken“ im Fokus.

714 Fußverkehr soll auch Erholung sein. Darum müssen wir die Aufenthaltsqualität verbessern,
715 für eine bessere Beleuchtung sorgen und Gehwege verbreitern. So können wir mehr Platz für
716 Fußgänger*innen, Rollstuhlnutzer*innen, Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen schaffen.
717 Bessere Beleuchtung auf Gehwegen, unter Brücken und in Unterführungen verhindert
718 „Angsträume“. Schattenspendende (Obst-)Bäume, Bepflanzungen, Sitzbänke und
719 Trinkwasserspender erhöhen die Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen und ermuntern
720 zum Flanieren.

721 Schnell und emissionsfrei mit Bus und Bahn

722 Wir GRÜNE Neukölln fordern schon lange den Ausbau der U7 und freuen uns daher umso mehr
723 über die von der GRÜNEN Verkehrssenatorin Regine Günther geplante Verlängerung der Linie
724 nach Schönefeld und zum Flughafen BER. Dadurch kann die Verkehrsbelastung an der Rudower
725 Spinne reduziert und der der Buspendelverkehr zum Flughafen kanalisiert werden. Vor allem
726 bedeutet der U-Bahnausbau aber auch, dass bislang unzulänglich erschlossene Wohngebiete
727 eine bessere Anbindung an den ÖPNV erhalten. Den Anwohner*innen des Rudower Frauenviertels
728 und der Gemeinde Schönefeld wollen wir eine attraktive Alternative zum Auto bieten .
729 Dadurch werden Verkehrsströme entzerrt, die verkehrliche Anbindung der Anwohnenden
730 verbessert und weniger Verkehr, Stau, Emissionen und Lärm erzeugt. Die Strecke muss dabei
731 so klimaschonend und kostengünstig wie möglich ausgebaut werden.

732 Bei der Verkehrswende setzen wir GRÜNE auch auf den Ausbau der Tram an wichtigen
733 Verkehrsachsen im gesamten Bezirk. Sie sind schnell, zuverlässig, emissionsfrei und für
734 eine nachhaltige Mobilitätswende unverzichtbar. Moderne Tramsysteme sind zudem geräuscharm
735 und dadurch auch für Anwohnende gut erträglich. Wir setzen uns für den Ausbau der
736 Tramlinie M10 von der Warschauer Brücke bis zum Hermannplatz über Pannierstraße und
737 Sonnenallee ein. Damit schaffen wir eine schnelle und zuverlässige Verbindung nach

738 Friedrichshain. Um den Hermannplatz als Aufenthaltsraum und für den Wochenmarkt zu
739 erhalten, soll die Endhaltestelle der M10 in der Urbanstraße liegen. Perspektivisch
740 möchten wir auch die Sonnenallee Richtung Süden durch Tramrouten entlasten sowie von
741 Schöneweide in die Gropiusstadt und über die Hermannstraße Britz und Buckow für die Tram
742 erschließen. Nach Ausbau der priorisierten Linien betrachten wir auch die Verlängerung der
743 Tram von Adlershof nach Rudow als wünschenswert.

744 Viele Neuköllner*innen nutzen Busse für ihre täglichen Wege. Wir GRÜNE haben uns mit
745 Erfolg für die ersten E-Busse eingesetzt. Doch auch im Busverkehr muss noch einiges
746 verbessert werden: Gerade im Berufsverkehr sind viele Busse oft überfüllt und unpünktlich.
747 Auch bedarf es gerade bei den Buslinien im Süden des Bezirks einer Taktverdichtung, auch
748 in den Randzeiten, um die Linien noch attraktiver zu machen. Dies gilt insbesondere für
749 die Buslinien wie M11/X11 und M44, die heute schon an der Kapazitätsgrenze operieren, und
750 daher zu Recht in die Bedarfsplanung für die Tram aufgenommen worden sind. Wir GRÜNE
751 setzen uns für eine engere Taktung und mehr Busspuren zur Erhöhung der Zuverlässigkeit,
752 sowie mehr Vorrangschaltungen an Ampeln ein. So fordern wir die Erweiterung der Busspur
753 des M41 zwischen Hermannplatz und S-Sonnenallee in beide Richtungen.
754 Wir setzen uns auch für eine Verbesserung des Angebots an Busverbindungen in die
755 Umlandgemeinden ein.

756

757 Auch nachts sollen Busse in ganz Neukölln ein attraktives, sicheres und zuverlässiges
758 Verkehrsmittel für alle Menschen werden. Nicht immer ist der klassische Bus die optimale
759 Lösung. Wir setzen uns deshalb für ein Pilotprojekt in Südneukölln ein, dass das
760 bestehende Netz auch in den weniger dicht besiedelten Ortsteilen durch flexible
761 Kleinbusse, Ruf-Angebote und Ridepooling-Angebote ergänzt.

762 Auch im ÖPNV muss die Barrierefreiheit erhöht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
763 der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr, insbesondere zur U- und S-Bahn, über
764 funktionierende, sichere und saubere Aufzüge gesichert wird. Für blinde und sehbehinderte
765 Menschen müssen Leitsysteme an allen Haltestellen installiert und die Barrierefreiheit
766 insgesamt weiterentwickelt werden.

767 Mehr Platz und Sicherheit fürs Rad

768 An vielen Straßen Neuköllns hat sich durch uns GRÜNE die Situation für Radfahrende schon
769 verbessert. Im Norden Neuköllns entstanden mehrere neue Fahrradstraßen und der erste
770 Abschnitt einer „Protected Bike Lane“ entlang der Karl-Marx-Straße. Außerdem können
771 Fahrräder durch die Installation mehrerer tausend Fahrradbügel nun deutlich leichter und
772 sicherer geparkt werden und erstmals wurden Parkplätze auf der Straße durch
773 Fahrradabstellanlagen ersetzt.

774 Auch künftig wollen wir weitere Fahrradabstellanlagen schaffen und Parkplätze auf der
775 Straße in Fahrradstellflächen umwandeln, damit der Ausbau nicht zu Lasten des Raums für
776 den Fußverkehr geht. Wir setzen uns ein für ausreichend Fahrradabstellplätze an zentralen
777 Plätzen, sowie Fahrradparkhäuser oder überdachte Abstellflächen an den S+U-Bahnhöfen des
778 Bezirks. Priorität haben dabei Standorte entlang des S-Bahn-Rings und am U-Bahnhof Rudow,
779 danach an allen weiteren U-Bahnhöfen.

780

781 An vielen Hauptverkehrsstraßen sind die Radwege noch nicht baulich vom Autoverkehr
782 getrennt. Das wollen wir ändern: Gemeinsam mit dem Druck der Radinitiativen konnten wir
783 durchsetzen, dass der Bau einer eigenständigen Radverkehrsanlage in der Hermannstraße noch
784 2021 begonnen wird. In der nächsten Wahlperiode hat eine zügige Fertigstellung für uns
785 Priorität. Die im nördlichen Teil der Karl-Marx-Straße geschaffene Protected Bike Lane

786 wollen wir durch eine Verbesserung der Radverkehrsanlage im südlichen Abschnitt erweitern.
787 Auf dem Radstreifen parkenden Autos sagen wir den Kampf an. Für die Händler*innen wollen
788 wir dafür sorgen, dass die für den Lieferverkehr vorgesehen Parkplätze dafür auch wirklich
789 zur Verfügung stehen.

790 Auf der Sonnenallee wollen wir die Situation kurzfristig mit der Erweiterung der Busspuren
791 auf beide Richtungen vom Hermannplatz bis zum S-Bahn-Ring verbessern. Mittelfristig wollen
792 wir auch entlang der Sonnenallee geschützte Radverkehrsanlagen schaffen.

793 Die meisten Magistralen im Süden des Bezirks verfügen bereits über Radwege, die aber
794 Radfahrer*innen wegen mangelnder Breite und Qualität häufig nicht zur Nutzung einladen.
795 Wir GRÜNE wollen diese deshalb ausbauen und verbessern, überall wo möglich an den
796 Hauptstraßen zu geschützten Radstreifen.

797 Mit der Y-Trasse hat die Planungsphase für einen Radschnellweg begonnen, der Rudow, Buckow
798 und Britz mit der Innenstadt verbindet. Wir wollen deshalb in den nächsten Jahren den
799 Fokus auf die zentralen Ost-West-Querverbindungen zur geplanten Y-Trasse und die bessere
800 Anbindung an Zubringerwege und in die Wohngebiete legen . So soll z.B. an der
801 Stubenrauchstraße ein geschützter Radweg in beide Richtungen angelegt, an der
802 Johannisthaler Chaussee der Radweg auf der kompletten Länge ausgebaut und der temporäre
803 Radweg auf der Blaschkoallee in einen dauerhaften umgewandelt werden .

804 Aber auch abseits der Magistralen und Hauptradrouten fragen sich viel Radfahrende oft,
805 welche die beste Strecke von A nach B ist. Wir GRÜNE wollen darum das Radwegenetz auch im
806 Nebenstraßennetz Neuköllns erweitern und gezielt Lücken schließen. Dazu weisen wir neue
807 Fahrradstraßen, wie die Donau-, Krokus- und die Oderstraße, aus und erweitern die
808 Fahrradstraße auf der Weserstraße. Außerdem machen wir mit modalen Filtern und
809 Diagonalsperren den Weg für den Radverkehr frei. Wir machen das Radwegenetz sichtbar: Mit
810 mehr Schildern, farblichen Markierungen und digitalen Fahrradkarten. Nach jahrelangem
811 Drängen ist in Neukölln inzwischen endlich die Radroute 10 ausgeschildert. Das wollen wir
812 ausbauen. Radfahren wird damit attraktiver, wir können den Radverkehr besser steuern und
813 (auch ortsfremde) Radfahrende kommen sicherer und schneller an.

814
815 Damit das Fahrrad auch zukünftig ein beliebtes und sicheres Verkehrsmittel in Neukölln
816 ist, wollen wir den Fahrradunterricht für Kinder und die Jugendverkehrsschulen personell
817 und finanziell deutlich besser ausstatten.

818 Gemeinsame Planung mit dem Umland

819 Mit den neu entstehenden Wohngebieten in Großziethen und Schönefeld, aber auch auf den
820 Buckower Feldern, ist mit einem weiteren Anstieg des Verkehrs zu rechnen. Für die Straßen-
821 und ÖPNV-Infrastruktur des Neuköllner Südens stellt dies eine große Herausforderung dar.
822 Wir setzen uns deshalb für eine koordinierte, abgestimmte Verkehrsplanung mit den
823 Umlandgemeinden Schönefeld und Großziehten ein, um auch landesgrenzenüberschreitende
824 Themen wie U7, Radwege, Verkehrsströme und Busangebote erfolgreich umzusetzen.
825 Wir wollen die Ansätze zu einer überregionalen Kooperation in der Verkehrsplanung zwischen
826 Neukölln und der Gemeinde Schönefeld sowie dem Landkreis Dahme-Spreewald (LDS)
827 intensivieren, und den Austausch und die Vernetzung auch mit regelmäßigen gemeinsamen
828 Sitzungen stärken.

A4NEU 3. Eine Stadt für Mensch und Natur

Antragsteller*innen:

Text

673 3. Eine Stadt für Mensch und Natur

674 Die Klimakrise stellt uns auch in Neukölln vor immense Herausforderungen. Wir wollen den
675 Bezirk klimaneutral machen. Dafür haben wir in der letzten Wahlperiode die Weichen
676 gestellt. Jetzt geht es darum, die angestoßenen Maßnahmen konsequent und sozialverträglich
677 umzusetzen und weiter auszubauen. Darüber hinaus muss die bezirkliche Klimapolitik die
678 Neuköllner*innen im Umgang mit den bereits vorhandenen Auswirkungen der Klimakrise
679 unterstützen. Insbesondere in dicht besiedelten Innenstadtbereichen sind Bewohner*innen
680 nicht nur durch die Klimakrise, Hitze und Trockenheit oder Starkregenfälle, sondern auch
681 durch dichten Verkehr und damit einhergehender Luftverschmutzung und Lärm besonders
682 belastet. Oft trifft das besonders Neuköllner*innen mit geringem Einkommen, die z.B.
683 häufig an stark befahrenen Straßen wohnen. Damit tragen Menschen, die sowieso schon
684 benachteiligt werden in unserer Gesellschaft, zusätzlich die größten Umweltbelastungen.
685 Das ist ungerecht! In den besonders betroffenen Gebieten sorgen wir durch gezielte
686 Umbaumaßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit.

687 In Neukölln gibt es heute schon kleine und große grüne Oasen, die draußen Platz für alle
688 bieten. Sie sind in der Großstadt besonders wichtig, wo Viele in oftmals zu kleinen
689 Wohnungen leben. Grünflächen in Neukölln bieten aber nicht nur Aufenthaltsqualität für
690 Menschen, sondern sind auch ein wichtiger Lebens- und ökologischer Rückzugsraum für
691 Pflanzen und Tiere. Wir kümmern uns in Neukölln deshalb darum, dass Flächen für Mensch und
692 Natur offen sind. Dafür ist es wichtig, dass diese nicht zu betonierte oder zugestellt
693 werden.

694 Auf Landesebene haben wir GRÜNEN in den letzten fünf Jahren mit der Berliner
695 Ernährungsstrategie einen Riesenschritt für mehr gutes und gesundes Essen in Berlin
696 angestoßen. Wir sorgen dafür, dass die vielfältigen Initiativen – von Bio-Verpflegung bei
697 Veranstaltungen und in der Schule bis zur Anpflanzung von Obstbäumen und -hecken wie auch
698 der Schaffung von Räumen für Ernährungsbildung auch in Neukölln ankommen.

699 **Schlüsselprojekte:**

- 700 • Klima-Team im Bezirksamt einsetzen
701 Wir brauchen mehr Tempo beim Klimaschutz - das gilt für die Verkehrswende,
702 Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik aber auch für die Bezirksverwaltung selbst. Sei
703 es die energetische Sanierung von Liegenschaften des Bezirks, Umstellung von
704 Fuhrpark und Beschaffung oder die Umsetzung des Solar-Ausbauziels: Um das gebündelt
705 voran zu treiben, wollen wir ein ressortübergreifendes Klima-Team einsetzen, das
706 Maßnahmen in der ganzen Verwaltung zentral steuert und koordiniert, Fördergelder
707 einwirbt und gezielt in den Austausch mit anderen Bezirken geht, um "Best-Practice-
708 Beispiele" zu sammeln.
- 709 • Flächen entsiegeln, Platz für Stadtgrün Auf vielen Schulhöfen, Plätzen und in
710 Innenhöfen dominiert grauer Asphalt. Darum wollen wir in den kommenden Jahren
711 systematisch Flächen in Neukölln entsiegeln und insektenfreundliche Blühpflanzen,
712 Hecken und Bäume wachsen lassen. So schaffen wir Platz für Tiere, Pflanzen und ein

713 gutes Klima und verfolgen die Idee der “Schwammstadt” für Regenwasser. Die
714 Möglichkeiten für Entsiegelung in Neukölln werden wir in einer Potentialanalyse
715 aufarbeiten und bei Bauvorhaben Dach- und Fassadenbegrünung konsequent in die
716 Umsetzung einbeziehen.

- 717 • 100% Tempelhofer Feld erhalten
718 Das Tempelhofer Feld ist Naherholungsgebiet für Menschen im dicht besiedelten Norden
719 Neuköllns. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich der Wert für Naturerleben,
720 Erholung, Sport und als Lunge Berlins erneut bewiesen. Wir stehen klar zum
721 Volksentscheid “100% Tempelhofer Feld” und lehnen eine Bebauung des Feldes ab.

722 3.1 Den Bezirk ökologisch umbauen

723 Wir schaffen Rahmenbedingungen für gute Klimapolitik in Neukölln!

724 Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche betrifft. Wir sorgen
725 dafür, dass die Klimakrise überall mitgedacht wird. Auf grüne Initiative hat Neukölln
726 Anfang 2020 den Klimanotstand anerkannt, die Stelle der*s Klimaschutzbeauftragten
727 geschaffen und einen Klimavorbehalt eingeführt, mit dem alle Beschlüsse im Bezirk auf ihre
728 Klimaauswirkungen überprüft werden. Aber die Verringerung von z.B. CO2-Emissionen gelingt
729 nur, wenn der politische Rahmen auf Landes- und Bundesebene richtig gesetzt wird und die
730 kommunale Bezirksebene ausreichend Geld zur Verfügung hat, die neuen Vorgaben umzusetzen.
731 Das Berliner Energiewendegesetz sieht eine CO2-neutrale Verwaltung bis 2030 vor, wir
732 fordern begleitend auf Landesebene eine verpflichtende bezirkliche Klimabilanz. Wir
733 bringen den Klimaschutz als zentrales Aufgabenfeld auf Bezirksebene voran: Durch ein
734 Neuköllner Energie- und Klimaschutzprogramm, das bezirkliche Ziele formuliert sowie
735 Emissions- und Energieeinsparungspotentiale benennt. Und durch ein ressortübergreifendes
736 Klima-Team in der Bezirks-Verwaltung das Klimaschutzmaßnahmen im Bezirk zentral steuert
737 und koordiniert, an den nächsten Schritten hin zum klimaneutralen Neukölln mitarbeitet,
738 und die Umsetzung von Maßnahmen überwacht. Damit werden Klimaschutz und Klimaanpassung im
739 Bezirk wirksam vorangetrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichend
740 Personalressourcen im Bezirk für die Umsetzung von Klimaschutz und den Erhalt unserer
741 Lebensgrundlage vorhanden sind.

742 Eine wirksame Bürger*innenbeteiligung steigert die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen. Wir
743 wollen, dass die Menschen in Neukölln ihre guten Umsetzungsideen fürs Klima in die
744 Verwaltung tragen, und praktische Maßnahmen von Anfang an diskutiert werden zwischen
745 denen, die es betrifft und denen, die es umsetzen. Deshalb wollen wir einen
746 Klimaschutzbeirat in Neukölln schaffen. Dieser soll aus Vertreter*innen von Politik und
747 Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und engagierten Bürger*innen bestehen und
748 ähnlich dem Fahr-Rat mindestens drei Mal im Jahr tagen, um so die Umsetzung der
749 bezirklichen Politik kritisch und aktiv zu begleiten.

750 In der letzten Wahlperiode haben wir energetische Quartierskonzepte für die Gropiusstadt
751 und den Schillerkiez auf den Weg gebracht, die die sozialen Aspekte von vorne herein mit
752 im Blick haben. Das wollen wir weiter voran treiben. Dazu gehört eine moderne und saubere
753 Wärmeversorgung. Dabei werden Häuser und ganze Blöcke zu energiesparenden Einheiten
754 zusammengeführt. Das Neuköllner Fernwärmenetz wollen wir dekarbonisieren und wirken dafür
755 gemeinsam mit dem Senat und der Fernheizkraftwerk Neukölln AG darauf hin. Mit dem
756 Wärmespeicher am Heizkraftwerk ist damit bereit ein erster Schritt gegangen.

757 Anpassung an Hitze und Starkregen

758 Die Klimakrise führt seit einigen Jahren zu Hitzesommern, in denen die Temperaturen für
759 mehrere Wochen auf mehr als 30 Grad ansteigen können. Vor allem, wenn es auch nachts nicht
760 zu einer Abkühlung auf unter 25 Grad kommt, stellt die Hitze eine extreme Belastung dar.
761 Ein Gesundheitsrisiko, das insbesondere alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, aber
762 auch Kleinkinder, Schwangere und Personen, die im Freien arbeiten trifft. Mit einem
763 Hitzeaktionsplan schützen wir die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und bauen die
764 Gesundheits- und soziale Infrastruktur so um, dass Neukölln auch in längeren und heißeren
765 Sommern ein lebenswerter Ort bleibt. Dafür wirken wir auf kurzfristige Entlastung hin und
766 leisten Hilfe für besonders betroffene Personen, zum Beispiel durch kostenlose
767 Trinkwasserbrunnen an Hitze-Hotspots überall im Bezirk und an Haltestellen von Bus und
768 Bahn. Hinweise auf kühle Orte im Bezirk, die Bereitstellung von Informationen zum Schutz
769 vor hitzebedingten Gesundheitsschäden in mehreren Sprachen und sowohl digital wie analog,
770 sowie Unterstützung bei der Vernetzung von nachbarschaftlichen „Hitzepartnerschaften“ für
771 besonders Betroffene (z.B. durch die Errichtung einer Hilfevermittlungsplattform). Zudem
772 setzen wir uns dafür ein, dass statistische Daten zur Ermittlung des Versorgungsbedarfs
773 erhoben werden. Auf dieser Basis kann die medizinische Versorgung verbessert werden,
774 insbesondere für ältere Menschen im Bezirk.

775 Neukölln ist von Hitze stärker betroffen als andere Bezirke in Berlin, denn dort, wo viele
776 Gebäude, Asphaltstraßen und gepflasterte Hinterhöfe die Hitze speichern, werden weit
777 schneller kritische Hitze-Belastungspunkte erreicht. Die Versiegelung trägt außerdem dazu
778 bei, dass Starkregenereignisse potentiell mehr Schaden anrichten, da das Wasser nicht
779 schnell genug abfließen kann oder aber in die Kanalisation abfließt, statt im Boden
780 gespeichert zu werden. Hier werden wir gegensteuern. Wir schaffen mehr Grün in Neukölln,
781 indem wir uns für die Erleichterung der Begrünung von Dächern und Fassaden stark machen.
782 Bisher scheitert dies oft an Vorbehalten der Straßen- und Grünflächenamtes und an
783 aufwändigen Genehmigungsverfahren. Das wollen wir ändern.

784 Wir sorgen dafür, dass mehr Bäume und Büsche gepflanzt und versorgt werden: Mit
785 zusätzlichen Geldmitteln der Landesebene konnten wir die Baumpflege deutlich stärken und
786 Baumscheiben begrünen. Das bauen wir aus, indem wir zusätzliche Flächen für
787 Baumpflanzungen bereitstellen: wo Straßen umgebaut werden, pflanzen wir neue Bäume,
788 vergrößern wo möglich Baumscheiben und prüfen die Entsiegelung etwa von Straßen-
789 Mittelstreifen und Sackgassen. Das hilft auch gegen die Aufheizung in Temperaturspitzen
790 und sorgt für mehr Versickerungsflächen. In besonders engen oder heißen Straßen wollen wir
791 es ermöglichen, dass neue Stadtbäume auch dort gepflanzt werden können, wo heute noch
792 parkende Autos stehen. So entstehen „Klima-Straßen“ mit hoher Lebensqualität für alle
793 Bewohner*innen. Dort bleiben die Gehwege breit genug für die Fußgänger*innen und die Stadt
794 wird kühler. Bei Neu- und Nachpflanzungen sorgen wir für eine gezielte Auswahl von
795 Baumarten, die mit heißen Sommern besser klarkommen. Wir begrüßen das ehrenamtliche
796 Engagement der Neuköllner*innen, setzen aber auch auf eine Stärkung des Gießens durch das
797 bezirkliche Grünflächenamt, damit die Bäume und Parks gut durch die heißen Sommer kommen.
798 Neben Bäumen wollen wir Büsche und Hecken erhalten und neu pflanzen. Sie sind wichtiger
799 Rückzugsraum für Vögel und damit ein wichtiger Baustein einer singenden Stadtnatur.

800 Zu viele Flächen in unserem Bezirk sind versiegelt. Auf vielen Schulhöfen, Plätzen und in
801 Innenhöfen dominiert grauer Asphalt. Wir setzen deshalb das von unserer GRÜNEN
802 Umweltsenatorin Regine Günther erfolgreich aufgelegte Schwammstadt-Programm in Neukölln
803 um, und entsiegeln in den nächsten fünf Jahren viele weitere Flächen in Neukölln, sodass
804 private und öffentliche Liegenschaften zukünftig Grün statt Grau bieten, das Wasser dort
805 versickern kann, und Lebensraum für Tiere und Pflanzen entsteht. Eine Potentialanalyse für
806 mehr Grün im Bezirk ist dabei die Grundlage für ein ambitioniertes

807 Flächenentsiegelungsprogramm. Auf entsiegelten Flächen fördern wir Artenvielfalt und geben
808 Insekten, Vögeln, Igel und Eichhörnchen ein Zuhause.

809 Für umweltgerechte Quartiere

810 Von Verkehr, Lärm und Schadstoffen sind besonders Mieter*innen betroffen, die an stark
811 befahrenen Straßen wohnen – oft tragen deshalb die größten Umweltbelastungen diejenigen,
812 die aufgrund eines geringeren Einkommens oder aus anderen Gründen auf dem Wohnungsmarkt
813 benachteiligt sind. Das ist ungerecht! Auf Landesebene unterstützen wir Modellvorhaben,
814 die gezielt Mehrfachbelastungen in Quartieren abbauen, und setzen uns für die Fortführung
815 regelmäßiger, allgemein zugänglicher Berichte über Feinstaubmessungen ein, damit
816 Schadstoffbelastungen und Maßnahmen transparent für alle sind.

817 Wir gehen im Bezirk mit gutem Beispiel voran, und setzen uns gegenüber der
818 Senatsverwaltung für Finanzen dafür ein, dass Mittel für energetische Sanierung der
819 bezirklichen Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen bis 2025 alle
820 bezirkliche Liegenschaften, auf denen das nach aktuellem technischen Stand möglich und
821 sinnvoll ist, mit Solaranlagen ausstatten und unterstützen das Energiewendegesetz auf
822 Landesebene, das Photovoltaik auf öffentlichen Dächern vorsieht. Dazu ist es überfällig,
823 dass eine gezielte Erfassung und Überprüfung der Dächer aller bezirkseigenen
824 Liegenschaften auf ihre Eignung erfolgt. Bei der Sanierung von Gebäuden legen wir einen
825 Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Energieeffizienz und Barrierefreiheit. Bei neuen Bauvorhaben
826 muss die Anpassung an die Klimakrise schon heute mitgedacht werden, weshalb wir in
827 Neukölln mehr Dach- und Fassadenbegrünung, insbesondere auf öffentlichen Gebäuden, aber
828 auch bei privaten Bauvorhaben durchsetzen wollen.

829 Der ökologische Um- oder Neubau muss auch für private Haushalte erleichtert werden. Denn
830 viele Eigentümer*innen wollen ihren Teil gegen Aufheizung und Artensterben beitragen. Wir
831 setzen uns deshalb im Bezirk für Informationen und Beratung zum ökologischen Bauen und zur
832 Verwendung von ökologischen Baustoffen, zur Fassadenbegrünung und Entsiegelung sowie der
833 energetischen Sanierung und dem Aufbau von Solaranlagen ein. Denn oft fehlt beim Bauen
834 oder Sanieren aber das know-how, wie sinnvolle Maßnahmen einfach und kostengünstig
835 umgesetzt werden können und welche Fördermittel es dafür gibt. Gleichzeitig wollen wir
836 gegen übermäßige Grundstücksversiegelung und Schottergärten vorgehen. Denn alle haben eine
837 Verantwortung, etwas gegen Klimawandel und Artensterben zu unternehmen und dafür Sorge zu
838 tragen, dass Regenwasser versickern kann.

839 Die letzten heißen Sommer haben gezeigt, wie nötig unser Stadtgrün die Bewässerung hat.
840 Wir werden deshalb Pilotprojekte anstoßen und prüfen, wie die Rückhaltung von Regenwasser
841 bei Neu- und Umbau von Gebäuden und im öffentlichen Raum integriert werden kann, um es für
842 die Bewässerung nutzbar zu machen.

843 3.2 Grünes Wohnzimmer Neukölln

844 Freiflächen für alle, mehr Gärten in Neukölln

845 Grünflächen bieten in Neukölln Naturerholung und Naturbildung für alle - egal ob im
846 eigenen Kleingarten, auf dem Tempelhofer Feld oder in einem der Neuköllner Parks.
847 Gleichzeitig sind sie wichtiger Lebens- und ökologischer Rückzugsraum für Pflanzen und
848 Tiere. Besonders in einem dicht besiedelten Bezirk wie Neukölln haben öffentliche
849 Grünflächen eine herausgehobene Bedeutung für unser Wohlbefinden, denn nur wenige
850 Neuköllner*innen haben einen eigenen Garten. Wir haben uns in den letzten Jahren schon an
851 vielen Stellen für mehr Natur für alle - von Baumscheibe bis Blühfläche - eingesetzt.

852 Mittlerweile gibt der Bezirk aktiven Bürger*innen sogar bis zu 500 EUR dazu, wenn sie eine
853 Baumscheibe begrünen.

854 Das Tempelhofer Feld werden wir frei von Bebauung und als Naherholungsraum erhalten. Das
855 Feld ist als Lunge, die Berlin durchlüftet und uns allen Platz bietet, nicht mehr aus dem
856 Neuköllner-Stadtbild wegzudenken. Hier gibt es ausreichend Platz für Naturschutz genauso
857 wie Raum für Naturerleben, Spiel und Begegnung. Gerade in Zeiten der Pandemie wurde das
858 Feld täglich von tausenden Besuchern genutzt, um mit ausreichend Abstand frische Luft und
859 Sonne zu tanken. Parteipolitische Initiativen das Feld (teilweise) zu bebauen, lehnen wir
860 entschieden ab und stellen sicher, dass nicht versucht wird, Infrastruktur für eine
861 spätere Bebauung jetzt schon aufzubauen.. Die Feldkoordination unterstützen wir als
862 unverzichtbares Beteiligungsformat zur Sicherung der Fläche als Freiraum für die Menschen
863 in Neukölln und ganz Berlin und als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten.

864 Immer mehr Menschen in Neukölln haben Lust aufs Gärtnern. Der eigene Anbau von Obst und
865 Gemüse ist aber meistens nicht im direkten Wohnumfeld möglich, sondern findet auf der
866 Kleingartenparzelle und auch immer häufiger im Gemeinschaftsgarten statt. Die Wartelisten
867 für beides sind aber in der Regel lang und die Flächen sind vor allem im Norden des
868 Bezirks begrenzt. Wir haben uns deshalb auf Landesebene mit dem Kleingartentwicklungsplan
869 für die Sicherung der Kleingärten eingesetzt. Dabei ist uns die bereits stattfindende
870 Öffnung der Kleingärten für Stadtgesellschaft und Gärtner*innen so divers wie unser Bezirk
871 ein Herzensanliegen.

872 Um darüber hinaus mehr Neuköllner*innen das Buddeln und Ernten zu ermöglichen, wollen wir
873 weitere nachhaltige und sichere Lösungen finden, bei denen unterm Strich mehr Menschen
874 Kleingärtner*innen werden können, wollen wir Gemeinschaftsflächen für Urban Gardening
875 fördern und gemeinschaftlich und solidarisch organisiertes Gärtnern stärken. Deshalb
876 setzen wir uns dafür ein, dass Gruppen und Projekte in Neukölln dabei unterstützt werden,
877 geeignete Flächen zu finden. Wichtig ist uns, dass die Angebote offen für Nachbarschaft
878 und Interessierte sind und dort wo möglich diese auch mit Schulen oder Kitas kooperieren.
879 Die Allmende-Gärten auf dem Tempelhofer Feld sind ein international bekanntes
880 Vorbildprojekt, ebenso wie die Prinzessinnengärten. Wir werden diese Projekte weiter
881 verteidigen und auf eine dauerhafte Lösung drängen,wo ihre Flächen der öffentlichen Hand
882 gehören.

883 Weniger Müll, mehr Aufenthaltsqualität

884 Von vielen wird der öffentliche Raum in unserem Bezirk als „vermüllt“ wahrgenommen, an
885 vielen Stellen ist Neukölln dreckig. Sei es aus Unachtsamkeit, oder weil zu wenige
886 Müllbehälter zur Verfügung stehen: Im Ergebnis schmälert das die Lebensqualität für uns
887 alle. Deshalb werden wir hier weiterhin gegensteuern - damit wir uns alle auch weiter
888 gerne aufhalten auf Grünflächen oder Spielplätzen, ohne Sperrmüllablagerungen am
889 Straßenrand.

890 Das Projekt Kiezhausmeister*innen hat mit regelmäßigen Sperrmüllfesten und Re-Use-Partys
891 in den Kiezen begonnen, Alternativen zur illegalen Entsorgung zu schaffen. Das wollen wir
892 ausweiten, genauso wie die Möglichkeit der kostenlosen und unkomplizierten
893 Sperrmüllabholung durch die BSR. Die bereits für die Sperrmüllentsorgung zur Ausleihe
894 verfügbaren Lastenfahrräder wollen wir in den Kiezen auch zur einfachen Ausleihe für
895 sonstige Transporte zur Verfügung stellen. Der illegalen Ablagerung von Gewerbe- und
896 Hausmüll wollen wir weiterhin mit konsequenten Kontrollen durch das Ordnungsamt begegnen,
897 und beim Land weiter für mehr Stellen bei der bezirklichen Gewerbeaufsicht kämpfen.

898 In stark touristisch geprägten Kiezen (wie dem Schiller- oder dem Reuterkiez) fordern wir
899 eine verstärkte Straßenreinigung ohne zusätzliche Anwohner*innen-Umlage. Wir setzen uns
900 ein für einen höheren Reinigungsturnus besonders belasteter Straßen und für die häufigere
901 Reinigung von Parks und Plätzen. Wir fördern Ideen wie das Pilotprojekt Parkreinigung und
902 Forstreinigung der BSR, und prüfen die Möglichkeit, freiwillige Bürger*innen-Initiativen
903 in den Kiezen zu unterstützen.

904 Flächen für Umweltbildung und Naturerhalt

905 In der Stadt braucht es Flächen für sich verändernde Nutzungsbedürfnisse, was unvermeidbar
906 zu Flächenverbrauch führt. Infrastruktur, Wohn- und Geschäftsgebäude, sowie Naturerhalt
907 stehen nur allzu häufig im Nutzungskonflikt. Deshalb setzen wir auf eine vorausschauende
908 Stadtentwicklung. Wir bemühen uns um angemessene Ausgleichsmaßnahmen und kämpfen für
909 ökologisch hochwertige Grünflächen. Bei großen Freiflächen, die bedeutende Potentiale für
910 Wohnungsbau bieten, wie dem ehemaligen Rias-Gelände in Britz, wollen wir sicherstellen,
911 dass Teile als Grünflächen erhalten und nicht bebaut werden, um Biotope und Erholungsräume
912 zu sichern.

913 Städte sind nicht nur wichtige Naturräume für den Menschen – Insekten, Vögel und
914 Fledermäuse, Kaninchen und Füchse und eine Vielzahl von Pflanzenarten leben ebenfalls in
915 der Stadt und haben sich zum Teil perfekt angepasst an ihre speziellen Ökosysteme.
916 Insbesondere Bienen und Insekten, aber auch seltene Pflanzen brauchen Unterstützung und
917 eine ökologische Verbesserung ihres Lebensraums, damit auch sie weiter Lebens- und
918 Nahrungsraum in der Stadt finden. Um den ökologischen Beitrag der Frei- und Brachflächen
919 zu verbessern, sorgen wir für den Erhalt ökologisch wichtiger Biotope und investieren in
920 Biodiversität. Dafür braucht es zunächst die Ermittlung der für den Biotopverbund und
921 Artenschutz wertvollen Frei- und Brachflächen im Bezirk. Der Erhalt der wichtigsten Flächen
922 muss dauerhaft gesichert werden. Zusätzlich soll ein verbindlicher Anteil von Grünflächen
923 festgelegt werden, die bienen- und insektenfreundlich gestaltet werden. Wir wollen
924 ökologische
925 Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen an den Neuköllner Pfuhlen.
926 Dies wurde jahrelang vernachlässigt – in den vergangenen Jahren sind so leider eine Reihe
927 von Feuchtbiotopen zerstört und die dortigen Populationen von Fröschen, Kröten und anderen
928 Amphibien vernichtet worden. Deshalb fordern wir die Erarbeitung eines Masterplans zur
929 Pflege und Entwicklung von Stillgewässern, und dessen anschließende konsequente Umsetzung.
930 Soweit es notwendig ist, sind für die Biotoperhaltung und –entwicklung zusätzliche
931 Ressourcen im Umwelt- und Naturschutzamt zur Verfügung zu stellen.

932 Mit dem „Handbuch Gute Pflege“ und der „Charta Stadtgrün“ hat die GRÜNE Senatsverwaltung
933 für Umwelt konzeptionell die Grundlage gelegt, wie wir mit dem Stadtgrün in unserer Stadt
934 besser umgehen. Diese Vorgaben wollen wir umzusetzen. Bau- und Sanierungstätigkeit bedroht
935 die Rückzugs- und Brutorte von Gebäudebrütern und Fledermäusen, die damit oft verdrängt
936 werden und deren Bestand in der Folge gefährdet ist. Wir setzen uns deshalb bei
937 öffentlichen Gebäuden für Nisthilfen für Gebäudebrüter ein und stärken Arten- und
938 Naturschutz. Bewohner*innen und Hausbesitzer*innen sollen auch bei privaten Bau- und
939 Sanierungsvorhaben über Möglichkeiten zur Förderung des Artenschutzes und gesetzliche
940 Bestimmungen aktiv informiert werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Informationen
941 zum Schutz von Gebäudebrütern und Fledermäusen für die Neuköllner*innen besser zugänglich
942 gemacht werden.

943

944 In Neukölln gibt es außerdem große Taubenpopulationen, z.B. rund um das Rathaus, die unter
945 den widrigen Bedingungen sehr leiden und gleichzeitig für Anlieger*innen ein Ärgernis

946 darstellen. Deswegen setzen wir uns für ein tierschutzgerechtes und nachhaltiges
947 Taubenmanagement ein.

948 Tiere und Menschen sind außerdem durch zunehmende Lichtverschmutzung belastet. Wir setzen
949 uns auf Landesebene für eine Beschränkung von Leuchtreklame ein, und im Bezirk dafür, dass
950 über Lichtfrequenz und Beleuchtungswinkel – oder, wo sinnvoll, über die Nutzung von
951 Bewegungsmeldern – Beeinträchtigungen soweit wie möglich verringert werden.

952 Unser Bezirk bietet mit seinen vielfältigen Flächen schon heute spannende Orte für
953 Umweltbildung, wo Kindern und Erwachsenen Wissen über ökologische Zusammenhänge vermittelt
954 und Natur erfahrbar wird. Für viele Kinder und Jugendliche sind innerstädtischen
955 Grünflächen die ersten und am leichtesten erreichbaren Orte, an dem sie Naturerleben und -
956 bildung erfahren, um damit den Grundstein für die Wertschätzung von (Stadt)Natur zu legen.
957 Wir sorgen deshalb für die Sicherung von Naturerlebnisräumen und setzen uns beim Senat für
958 ein weiteres Bildungsprojekt nach dem Vorbild des „Grünen Klassenzimmers“ auf dem
959 Tempelhofer Feld oder des „Comeniusgarten“ in Rixdorf ein, dessen Zukunft wir zuletzt mit
960 Landesmitteln sicherstellen konnten. Daneben wollen wir die Umweltbildung im ganzen Bezirk
961 stärken, indem wir uns beim Land für die Schaffung von mehr Angeboten an frei zugänglichen
962 Umwelt-Bildungsangeboten wie z.B. Kiezfürungen und Angebote der Stadtnatur-Ranger*innen
963 stark machen. Wir setzen uns auf Landesebene ebenfalls ein für die Schaffung von Modell-
964 Projekten für Naherholung und Umweltbildung am ehemaligen Mauerstreifen ein, die in
965 Kooperation nicht nur mit unseren Nachbarbezirken, sondern auch den angrenzenden
966 Brandenburger Landkreisen und Gemeinden zu entwickeln sind.

967 Neukölln am Wasser

968 Uferbereiche von Gewässern im Neuköllner Norden sind schon heute oft
969 Besucher*innenmagnete. Wir wollen die Uferbereiche für die Menschen besser erschließen und
970 die Aufenthaltsqualität erhöhen. Wir wollen Wege entlang der Kanäle mit klar abgegrenzten
971 Fuß- und Radwegen umgestalten, damit sie als Verbindungswege gut genutzt werden können.

972 Die Nutzung und den Zugang für den nicht-kommerziellen und nicht-motorisierten Wassersport
973 wollen wir sicherstellen. So kann etwa ein Anlegepunkt am Maybachufer für Flöße und
974 Schlauchboote den Einstieg lenken, sodass Böschungen und Uferbereiche nicht wie bisher
975 stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wollen unsere wichtigen Grünverbindungen an
976 allen Kanälen schonend so verbessern, dass weniger Nutzungskonflikte auftreten.
977 Insbesondere Maybach- und Kiehlufer wollen wir in den Blick nehmen, um Natur- und
978 Umweltschutz mit den Bedürfnissen von Gewerbe und Erholung suchenden Neuköllner*innen zu
979 vereinen. Dafür soll unter echter Bürger*innenbeteiligung ein integriertes Konzept für die
980 Neuköllner Kanaluferwege entwickelt werden, das die Vereinbarkeit der Ufer-Nutzung als
981 öffentlicher Raum, als Ort der Aufenthaltsqualität und ihrer ökologischen Bedeutung zum
982 Ziel hat.

983 3.3. Neukölln is(s)t lecker, fair, bio und regional

984 Gesunde Küchen und Kantinen

985 2017 hat die BVV auf unseren Antrag hin beschlossen, dass Neukölln „FairTrade-Town“ werden
986 soll. Mit der Initiative haben wir uns für eine Ausrichtung des Bezirks auf Beschaffung
987 von nachhaltigen Produkten aus fairer Herstellung stark gemacht. Bio- und Fair Trade
988 Produkte sollen generell für öffentliche Beschaffungen soweit möglich vorgeschrieben
989 werden. In einem nächsten Schritt möchten wir dies durch die Festschreibung von mehr
990 nachhaltiger und gesunder Ernährung bei öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen und
991 in der Schulernährung weiter ausbauen. Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses zum

992 Schuljahr 2019/2020 haben wir kostenloses Schulessen an Grundschulen eingeführt, von dem
993 auch viele Neuköllner Schüler*innen profitieren. Wir haben ebenfalls unterstützt, dass für
994 die Ausschreibung des Caterings an Schulen ein 50%-Anteil von Bioprodukten festgeschrieben
995 wurde - dies wird spätestens mit den neuen Ausschreibungen zum Schuljahr 2021/2022
996 umgesetzt. Wir werden auf Landesebene auch darauf drängen, dass Caterer*innen das nicht
997 nur auf Nudeln oder andere Trockenprodukte anwenden, sondern auch mehr (bevorzugt
998 regionales) Bio-Obst und Gemüse anbieten. Um das zu sichern, setzen wir uns auch für die
999 Erhöhung des öffentlichen Zuschusses zum Schulessen genauso wie für mehr Ernährungsbildung
1000 der Köch*innen ein. Wir wollen eine Ausweitung des Angebots an pflanzlichen und regionalen
1001 Bio-Speisen in Kantinen, Kitas und Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Auf
1002 Veranstaltungen des Bezirksamts sowie anderen öffentlichen Events soll bevorzugt
1003 pflanzliches und regionales Bio-Catering angeboten werden. Wir unterstützen Schulen und
1004 Kitas dabei, ökologische und pflanzliche Komponenten im Essensangebot zu stärken.

1005 In Schulen, teilweise auch in Kitas, gibt es vielfältige Ansatzpunkte für
1006 Ernährungsbildung, von Schulgärten bis zum gemeinsamen Kochen in der Schulkantine im
1007 Rahmen von Unterricht oder Projekten. Schulgärten sind aber nicht überall gesichert, viele
1008 Schulen haben derzeit keine nutzbaren Küchen. Wir unterstützen deshalb beim Schulneu- oder
1009 Umbau die Ausstattung der Schulkantinen als Vollküchen. Außerdem setzen wir uns dafür ein,
1010 dass existierende Schulgärten erhalten bleiben und wo möglich weitere Gärten eingerichtet
1011 werden, um für Schüler*innen und Kita-Kinder einen direkten und erlebbaren Zugang zum
1012 Thema nachhaltige Ernährung zu schaffen. Dabei ist auch eine Verbindung mit Kochunterricht
1013 in Schulen anzustreben. Kitas und Schulen, genauso wie den am Gärtnern und Selbst-Anbauen
1014 interessierten Erwachsenen, wollen wir den Zugang zu Gemeinschaftsgärten erleichtern.

1015 Neukölln zum Anbeißen

1016 Eine direkte und erlebbare Erfahrung, wie Lebensmittel entstehen, ermöglichen auch im
1017 Rahmen der essbaren Stadt angelegte Hecken, Beete und dafür gepflanzte Bäume. Im
1018 Neuköllner Süden und auf dem Tempelhofer Feld, aber auch in anderen Parks und auf
1019 Gemeinschaftsflächen im Bezirk sehen wir Potential für die Pflanzung von Obstbäumen und -
1020 sträuchern, Kräuterbeeten und sogar Gemüse, das von allen Neuköllner*innen geerntet werden
1021 kann. Dafür werden wir ein Kataster von Flächen erstellen lassen, die für die Schaffung
1022 „essbarer Landschaften“ beispielsweise mittels Obstbäume und -sträucher in Frage kommen,
1023 und modellhaft ausprobieren, wie die Anpflanzung, Pflege und Ernte organisiert werden
1024 kann.

1025 Wichtiger Teil der von der GRÜNEN Senatsverwaltung für Verbraucherschutz auf den Weg
1026 gebrachten Berliner Ernährungsstrategie sind Orte, an denen Menschen für Austausch und
1027 Ernährungsbildung zusammenkommen können. die aber auch Raum bieten für praktische
1028 Maßnahmen. Zum Beispiel könnten dort Kühlschränke zur Weitergabe von (geretteten)
1029 Lebensmitteln aufgestellt oder Auslieferstellen für regionale Lebensmittel und Tauschort
1030 für lokal erzeugtes Obst errichtet werden. Wir unterstützen deshalb als Umsetzungshilfe
1031 für eine nachhaltige Ernährungsstrategie die Schaffung von Lebensmittel-Punkten im Bezirk.
1032 Dafür stellen wir bezirkseigene Räume zur Verfügung oder unterstützen bei der Suche nach
1033 Räumen. Wo nötig, prüfen wir auch, ob wir mit bezirklichen Ressourcen, die vom Land Berlin
1034 geschaffenen Einrichtungen und Orte flankieren können.

1035 Wir setzen uns außerdem ein für den Erhalt und den Ausbau von Wochenmärkten im ganzen
1036 Bezirk, und sichern damit die vielfältigen Lebensmittelmärkte in Neukölln. Bei Bedarf
1037 schaffen wir Möglichkeiten für die Ausschreibung weiterer Märkte und achten dabei auf ein
1038 vielfältiges, leckeres Angebot inkl. regionalen Produkten aus Brandenburg und Berlin, mit
1039 Bio- und fairen Produkten.

A5NEU 4. Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben

Antragsteller*innen:

Text

1013 4. Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben

1014 Neukölln zeichnet sich durch seine vielfältige und solidarische Gesellschaft aus. Wir
1015 möchten diese bewahren und uns dafür einsetzen, dass unser Bezirk für ganz
1016 unterschiedliche Menschen ein attraktiver Lebensmittelpunkt ist. Solidarität und
1017 Gemeinsinn sind dafür genauso wichtig wie eine gut ausgestattete soziale Infrastruktur,
1018 die allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist.

1019 Kinder und Jugendliche, die in unserem Bezirk aufwachsen, sollen die bestmöglichen
1020 Startbedingungen haben. Bildung und Freiräume sind hierfür eine zentrale Ressource. Diese
1021 Erkenntnis muss sich endlich auch in den Schulen widerspiegeln. Unsere
1022 Bildungseinrichtungen bedürfen einer angemessenen Ausstattung, um Lernen, Begegnung und
1023 Austausch zu ermöglichen.

1024 In Neukölln erleben wir besonders stark, dass unser Gemeinwesen angegriffen wird – und
1025 zwar von Rechts. Wir werden uns weiterhin für die konsequente Aufklärung der rechten
1026 Terrorserie einsetzen. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für die
1027 zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Bündnisse in unserem Bezirk. Rassismus,
1028 Antisemitismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit werden wir weiterhin aktiv bekämpfen
1029 und dafür Sorge tragen, dass sich alle im öffentlichen Raum sicher und frei fühlen können.
1030 Kultur spielt für den gesellschaftlichen Austausch eine wichtige Rolle. Die Freiheit der
1031 Kunst werden wir verteidigen, Künstler*innen und Kulturstandorte in unserem Bezirk stärken
1032 und die kulturelle Teilhabe aller erhöhen.

1033 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende und wohnortnahe
1034 Gesundheitsversorgung ist. Zentral hierfür sind eine einfach zugängliche ambulante und
1035 stationäre Versorgung sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst. Die
1036 Privatisierung und Gewinnorientierung von Krankenhäusern haben zuletzt die Schwächen des
1037 gegenwärtigen Systems offenbart.

1038 **Schlüsselprojekte:**

- 1039 • „Netzwerk gegen Kinderarmut“ aufbauen
1040 Wir setzen uns für ein „Netzwerk gegen Kinderarmut“ in Neukölln ein. Darin sollen
1041 die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und Organisationen gemeinsam mit der
1042 Zivilgesellschaft Hilfsangebote und Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal an
1043 wen sich ein Kind oder seine Familie wendet, im Netzwerk stehen immer sofort die
1044 Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur Verfügung – auch in Abstimmung mit weiteren
1045 Akteur*innen auf Landesebene.
- 1046 • Schulreinigung bis 2026 rekommunalisieren
1047 Saubere Schulen sind Grundlage für gute Lernbedingungen. Gemeinsam mit vielen
1048 Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen kämpfen wir darum für eine saubere, angenehme
1049 und anregende Lernumgebung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Unser Ziel ist die

1050 Schulreinigung bis 2026 vollständig zu rekommunalisieren und Schulen feste
1051 Reinigungskräfte als Teil der Schulgemeinschaft zuzuordnen.

1052 • Rechtsextreme Strukturen aufdecken, Diskriminierung abbauen und Zivilgesellschaft
1053 stärken

1054 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln ist noch immer nicht aufgeklärt, viele
1055 Neuköllner*innen fühlen sich von rechtsextremem Terror bedroht. Um für Aufklärung zu
1056 sorgen setzen wir uns auf Landesebene für die Einsetzung eines parlamentarischen
1057 Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus ein. Mit der Einrichtung einer
1058 parlamentarischen Enquete-Kommission wollen wir diskriminierende Strukturen und
1059 Praktiken in den Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdecken und
1060 Maßnahmen dagegen entwickeln und umsetzen. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung
1061 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Bezirk ein und unterstützen
1062 antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt tätig
1063 sind.

1064

1065 4.1. Gleiche Chancen für alle Kinder

1066 Kinderarmut bekämpfen und Familien stärken

1067 Wir Grüne wollen Chancengerechtigkeit für alle Neuköllner Kinder. Kinderarmut sagen wir
1068 den Kampf an, denn Fakt ist leider: Die soziale Herkunft entscheidet immer noch maßgeblich
1069 über Lebens- und Bildungschancen, und damit auch über die eigenen Zukunftsperspektiven.

1070 Die Hälfte der Kinder in Neukölln lebt in Familien, die auf Transferleistungen (z.B. Hartz
1071 IV) angewiesen sind. Auf Bundesebene kämpfen wir daher für eine unbürokratische
1072 Kindergrundsicherung. Sie soll ohne zusätzliche Antragstellung ausgezahlt werden und so
1073 auch gegen verdeckte Armut wirken. In Neukölln setzen wir uns für ein „Netzwerk gegen
1074 Kinderarmut“ ein. Darin sollen die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und
1075 Organisationen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Hilfsangebote und
1076 Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal, an wen sich ein Kind oder seine Familie
1077 wendet, im Netzwerk stehen immer sofort die Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur
1078 Verfügung. So kann zukünftig verhindert werden, dass erfolgsversprechende Angebote im
1079 „Verwaltungs-Ping-Pong“ verloren gehen.

1080 Ob Kindergeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass, Förderangebote oder Ummeldungen – den aktuell
1081 bestehenden Hürdenlauf von einem Amt zum nächsten können viele Familien schlicht nicht
1082 leisten. Berlinweit haben wir Grüne uns daher auch dafür eingesetzt, dass
1083 Familienservicebüros eingerichtet werden, in denen alle Fragen rund um die Themen Kita,
1084 Hort, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld gebündelt werden. In Neukölln wird nun ein
1085 solches Servicebüro im Jugendamt eingerichtet. Den Umsetzungsprozess werden wir eng
1086 begleiten, eine Evaluierung der Arbeit des Büros beauftragen und da wo nötig
1087 Verbesserungen in die Wege leiten.

1088 Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Neuköllner Projekt der
1089 Stadtteilmütter eine stabile Finanzierung durch das Land Berlin erhält. Mittlerweile hat
1090 das Projekt berlinweit Fuß gefasst: In allen Bezirken konnten
1091 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden – allein in Neukölln 19 feste,
1092 zusätzliche Stellen im Jahr 2020. Unser Ziel ist es, diesen Erfolg fortzusetzen und die
1093 Finanzierung von sozialer Arbeit vor Ort, gerade auch sprach- und kulturmittelnder Peer-
1094 to-Peer-Angebote, weiter auszubauen.

1095 Verbesserung der Kinderbetreuung in unserem Bezirk

1096 Das frühkindliche Bildungsangebot ist ein wichtiger Baustein, um das Versprechen
1097 einzulösen, allen Kindern die gleichen Startchancen zu geben. Trotz großer Anstrengungen
1098 fehlen in Neukölln aber noch immer Kitaplätze. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der
1099 Kapazitätsengpass zügig abgebaut wird. Dabei wollen wir auch Bauherren stärker in die
1100 Pflicht nehmen: wo Wohnungen gebaut werden, müssen wo immer möglich auch Kitas errichtet
1101 werden. Außerdem wollen wir ein abteilungsübergreifendes Kita-Beschleunigungs-Team ins
1102 Leben rufen, das geeignete Flächen identifiziert, Träger bei der Antragsstellung für
1103 Fördermittel begleitet und die Realisierung voran treibt. Kitas in Ladenlokalen versuchen
1104 wir wo immer möglich z.B. über Abwednungsvereinbarungen zu sichern.

1105 Das Kita-Personal leistet gesellschaftlich wichtige Arbeit, ohne entsprechend dafür
1106 entlohnt zu werden. Wir möchten, dass die Mittelzuweisungen des Landes Berlin an die
1107 Träger, die Bezahlung der Mitarbeiter*innen in Höhe des TV-L abdecken. Wir werden uns
1108 gegenüber der Landesebene dafür einsetzen, dass ein Automatismus nach Tarifvereinbarungen
1109 erreicht wird und der finanzielle Eigenanteil der freien Träger schrittweise reduziert
1110 werden kann. Die Benachteiligung von Kitas in freier Trägerschaft im Rahmen der Berlin-
1111 Zulage wollen wir beenden und fordern vom Senat zudem, die Arbeitsbedingungen attraktiver
1112 zu gestalten, um ausreichend Auszubildende zu gewinnen und den Personalbedarf nachhaltig
1113 zu sichern.

1114 Solange das Kita-Angebot die Bedarfe von Familien und Kindern nicht abdeckt, braucht es
1115 flexible Angebote, um (alleinerziehende) Eltern insbesondere in den Randzeiten des
1116 Betreuungsangebots zu entlasten. Und zwar nicht nur, um Zeit für die Erwerbsarbeit,
1117 sondern auch für Erholung und Selbstverwirklichung zu haben. Wir möchten daher Netzwerk-
1118 und Lots*innendiensten – wie etwa den “Mobilen Kinderbetreuungsservice für Eltern mit
1119 besonderen Arbeitszeiten” (MoKiS) – stärken und bekannter machen.

1120 Jugend braucht Räume und Teilhabe

1121 Wir Grüne Neukölln setzen uns für eine Jugendarbeit ein, die nicht auf Presseauftritte und
1122 stigmatisierende Äußerungen setzt, sondern die Entfaltung aller Jugendlichen zum Ziel hat.
1123 Sie sollen ohne Diskriminierungserfahrungen groß werden, und sich frei entwickeln können,
1124 egal ob die Eltern viel oder wenig Geld haben. Sie sollen lernen, sich in die Gesellschaft
1125 einzubringen und politisch zu beteiligen. Die Jugendarbeit war in den letzten Jahrzehnten
1126 weitestgehend unterfinanziert. Zum einen, weil das dafür nötige Geld fehlte und zum
1127 anderen, weil sie – zu Unrecht – als „freiwilliges Angebot“ des Bezirks aufgefasst wurde.
1128 Nicht nur im dicht besiedelten Norden Neuköllns hat diese Vernachlässigung die
1129 Chancengerechtigkeit vieler Generationen Jugendlicher stark beeinträchtigt. In Rixdorf und
1130 am Reuterplatz aber auch im Süden in Buckow und Britz ist die Unterversorgung eklatant.
1131 Mit Stand von 2019 fehlen für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 2.366 Plätze. Vor
1132 allem die Zielgruppe älterer Jugendlicher braucht mehr Plätze in Jugendzentren. Viele der
1133 bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen weisen überdies einen dringenden Sanierungsbedarf
1134 auf und es fehlt oftmals an barrierefreien Angeboten.

1135 Wir kämpfen auf der Landesebene um Investitionsmittel für die Einrichtung neuer
1136 Jugendfreizeiteinrichtungen sowie für die Modernisierung der bestehenden. Bei Bauvorhaben
1137 ist vor allem auf eine ökologisch sinnvolle sowie barrierefreie Bauweise zu achten. Die
1138 Kinder und Jugendlichen sollen in die Planung einbezogen werden.

1139 Das neue Jugendfördergesetz erlaubt neben der standortgebundenen Jugendarbeit
1140 vielfältigere Angebotsformen. Auf dieser Basis möchten wir bis zur Fertigstellung neuer

1141 Jugendfreizeiteinrichtungen die fehlenden Angebote durch mobile Jugendarbeit kompensieren.

1142 Diese mobilen Angebote möchten wir im Jugendförderplan ab 2022 priorisieren.

1143 Wir möchten die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an politischen Prozessen ausbauen
1144 und sie Demokratie altersgerecht erfahren lassen. Wir setzen uns daher für die Einrichtung
1145 eines Kinder- und Jugendparlaments (KJP) ein, durch das sie sich an der Gestaltung ihres
1146 Bezirks beteiligen können. Die dort erarbeiteten Vorschläge und Anträge sollen regelmäßig
1147 in der Bezirksverordnetenversammlung und im Jugendhilfeausschuss angehört, besprochen und
1148 gemeinsam diskutiert werden. Im Bezirksamt soll eine Stelle eingerichtet werden, die die
1149 Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments begleitet, Kinder und Jugendliche für die
1150 Mitarbeit gewinnt und erwachsene Multiplikator*innen sensibilisiert. Damit das KJP die
1151 Vielfalt unseres Bezirks widerspiegelt, sollen alle Kinder und Jugendlichen die
1152 Möglichkeit haben, sich dafür wählen zu lassen.

1153 Lange gemeinsam lernen an vielfältigen Schulen

1154 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Die Pandemie
1155 hat gezeigt, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selber und die
1156 eigenen Fähigkeiten kennenlernen, soziales Miteinander und Mitbestimmung erproben – all
1157 das soll Schule stärken. Unser Ziel ist die vor Ort verankerte „Kiezschule für alle“ –
1158 gemeinsames Lernen in vielfältigen und inklusiven Gemeinschaftsschulen. Schüler*innen
1159 sollen nach unserer Vorstellung so lange wie möglich zusammen lernen und sich in einem
1160 Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und ihnen alle
1161 Bildungsabschlüsse möglichst lange offenhält. Die Kiezschule ist zugleich ein
1162 Bildungsanker, an dem Familien aus der Nachbarschaft zusammenkommen, die nachmittags und
1163 abends Räume anbietet für Sportvereine oder zivilgesellschaftliche Initiativen und so
1164 echtes Miteinander ermöglicht. Dafür bedarf es guter Konzepte für Binnendifferenzierung,
1165 Profilbildung und soziales Lernen sowie mehr Personal, um Vielfalt zum Grundbaustein von
1166 Schule zu machen. Wir wollen deshalb im Bezirk eine Vernetzungsstelle einrichten, welche
1167 in Absprache mit der Schulaufsicht und den Schulen Konzepte zur Umsetzung der "Kiezschule
1168 für alle" erarbeitet, Schulen berät und bei der Akquise von Fördermitteln hilft. Schulen
1169 müssen heute vielen Anforderungen gerecht werden. Um das leisten zu können, brauchen sie
1170 multiprofessionelle Teams, zu denen neben Lehrkräften und Erzieher*innen auch
1171 Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und mehr Verwaltungspersonal zählen. Auch
1172 Pädagog*innen, die für die Profilbildung einer Schule relevant sind und sich z.B. auf
1173 Umwelt-, Theater- oder Gesundheitspädagogik spezialisiert haben, sollten
1174 selbstverständlich zum Team gehören. Dafür machen wir uns auf der Landesebene stark. Wir
1175 wollen die engagiertesten und bestens ausgebildeten Lehrer*innen für unsere Schulen. Diese
1176 möchten wir zukünftig gezielt für unseren Bezirk begeistern. Qualifizierte
1177 Quereinsteiger*innen sollen an unseren Schulen ergänzend eingesetzt und auf diese adäquat
1178 verteilt werden.

1179 Wir wollen den Diskriminierungsschutz an Neuköllner Schulen stärken. Daher setzen wir uns
1180 für eine unabhängige bezirkliche Antidiskriminierungsstelle ein, die als Teil einer
1181 unabhängigen Beschwerdestelle auf der Landesebene und vor Ort wirken soll. Die Neuköllner
1182 Stelle soll vor Ort Vernetzungs- und Beratungsarbeit leisten, eng mit
1183 zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsberatungsangeboten zusammenarbeiten und
1184 Anlaufstelle für Neuköllner Schüler*innen, Eltern, Bezirksgesellschaft und Schulpersonal
1185 sein.

1186

1187 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Neuköllner Schule zur
1188 Selbstverständlichkeit werden, damit alle Kinder bestmöglich gefördert werden können.
1189 Schulneubauten und Erweiterungen müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet und

1190 bestehende Schulgebäude sollen schnellstmöglich entsprechend weiterentwickelt werden. Hier
1191 muss das Land Berlin die Bezirke bei der Umsetzung finanziell unterstützt. Auf Landesebene
1192 setzen wir uns dafür ein die multiprofessionellen Teams weiterzuentwickeln, beispielweise
1193 indem die Ausbildung und die Arbeitssituation der Schulbegleiter*innen deutlich verbessert
1194 wird.

1195 Zur Vielfalt unseres Bezirks gehört die Förderung von Mehrsprachigkeit. Das Angebot für
1196 Nicht-EU-Sprachen - etwa arabisch - möchten wir an unseren Schulen verbessern. Für den
1197 türkischen Sprachunterricht sollen Schulen politisch unabhängige freie Träger gewinnen, um
1198 für Muttersprachler*innen und weitere interessierte Schüler*innen einen qualifizierten
1199 Sprachunterricht anzubieten.

1200 Schulneu- und -ausbau und angemessene Ausstattung

1201 Unterrichtsräume reichen auch in Neukölln schon lange nicht mehr für alle Schüler*innen
1202 aus. Viele der Bestandsgebäude im Bezirk sind zudem sanierungsbedürftig. Die rot-rot-grüne
1203 Landesregierung hat mit der „Schulbauoffensive“ ein milliardenschweres, umfassendes Neu-
1204 und Ausbauprogramm für Schulen angeschoben. Diese Maßnahme war überfällig und wurde von
1205 vorherigen Regierungen sträflich versäumt. Die Sanierung und wo nötig Erweiterung von
1206 Schulen muss eine bezirkliche Schwerpunktaufgabe werden. Um die reibungslose
1207 Zusammenarbeit der beteiligten Ämter zukünftig zu gewährleisten, möchten wir eine
1208 koordinierende Stelle einrichten. Sie soll Planung, Konzeption, Finanzierung und
1209 Durchführung abteilungsübergreifend zusammendenken und vorantreiben. Sie soll partizipativ
1210 arbeiten, realistische Ziele definieren und transparent kommunizieren.

1211 Wir werden uns für eine beschleunigte Fertigstellung der in der Planung befindlichen
1212 Schulen – etwa der Grundschule am Koppelweg – einsetzen, ebenso wie für den Ausbau und die
1213 dringende Sanierung der Bestandsgebäude. Neukölln benötigt in den nächsten Jahren viele
1214 zusätzliche Schulplätze im Grund- und Oberschulbereich. Hierfür müssen neue Flächen
1215 gesichert und bestehende (auch ehemalige) Schulflächen bzw. Gebäude dürfen nicht
1216 umgewidmet werden. So wollen wir z. B. die Grundstücke der alten Clay- und Leonardo-da-
1217 Vinci-Oberschule für Schulneubauten und andere soziale Infrastruktur erhalten.

1218 Hier haben wir in den letzten Jahren mit mehreren Machbarkeitsstudien die Grundlagen
1219 geschaffen, z.B. für die Regenbogen- und die Zuckmayer-Schule. Der Schulbau soll unter
1220 ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen und die sozialräumliche Öffnung
1221 der Schulen einplanen. Wir wollen, dass Schulneubauten in Neukölln vorrangig als
1222 Gemeinschaftsschulen geplant werden. Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien sollen
1223 darin unterstützt werden, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.

1224 Die Versorgung von Neuköllner Kindern darf nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Das
1225 kostenlose Mittagessen für alle Grundschüler*innen ist ein großer Erfolg, für den wir
1226 Grüne uns lange eingesetzt haben.

1227 In der Umsetzung der Muster-Ausschreibungen für das Schul-Catering durch die
1228 Senatsverwaltung werden wir weiter darauf drängen, dass beim Schulessen "bio, fair &
1229 regional" noch deutlich weiter als bisher in die Kriterien aufgenommen wird. Auch hier
1230 haben wir bereits viel erreicht. Der Bio-Anteil ist von unter 15 Prozent bereits deutlich
1231 gestiegen und wird ab 2021 auf 50% steigen. In Schulkantinen und -cafés soll durchgehend
1232 auf Einweggeschirr verzichtet werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Schulkantinen
1233 die Ausstattung einer Vollküche erhalten, um den gestiegenen Ansprüchen an gesunde
1234 Mahlzeiten und Ernährungsbildung auch gerecht werden zu können. Dazu gehört auch der
1235 Ersatz älterer durch energiesparende Geräte. Etwaige Platzprobleme müssen mit dem Ausbau
1236 der Kantinen zügig behoben werden. Denn viele Schulen verfügen über gar keine oder keine
1237 ausreichend große Mensa. Sie müssen bei der Umsetzung des kostenlosen Mittagessens

1238 grundlegend gestärkt werden. Um gezielt und priorisiert neue Räume für das Mittagessen für
1239 alle zu schaffen, fordern wir auf Landesebene das Mensabauprogramm finanziell deutlich
1240 aufzustocken.

1241 Schulen in Neukölln sollen Orte sein, an denen gutes Lernen möglich ist. Das geht nur,
1242 wenn die Klassenzimmer, die Gänge und die Schultoiletten sauber sind. Leider ist das
1243 derzeit nicht ausreichend der Fall. Gleichzeitig arbeiten die Reinigungskräfte häufig in
1244 prekären Arbeitsbedingungen – ein Zustand, den wir Grüne beenden möchten. Wir haben uns in
1245 dieser Wahlperiode in der Bezirksverordnetenversammlung für die Rekommunalisierung der
1246 Schulreinigung eingesetzt und damit die Forderung der Initiative „Schule in Not“, der
1247 Gewerkschaften GEW, IG Bau und ver.di unterstützt. Unser Ziel ist nun, die Schulreinigung
1248 bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode vollständig zu rekommunalisieren und Schulen
1249 feste Verantwortliche zuzuordnen, die als Teil der Schulgemeinschaft für die Sauberkeit
1250 und Pflege der Klassenzimmer, Gänge und Toiletten sorgen – in einem sicheren
1251 Arbeitsverhältnis mit fairer Bezahlung.

1252 Zuletzt hat uns die Pandemie vor Augen geführt, dass die Neuköllner Schulen in punkto
1253 Digitalisierung immensen Nachholbedarf haben. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir uns für
1254 ein „Kickstartprogramm Digitalisierung“ ein. Das Land Berlin soll mit einem landeseigenen
1255 Unternehmen den Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen ans Glasfasernetz
1256 angeschlossen werden. Wir fordern von der Landesebene zudem ausreichende Mittel, um
1257 Lehrer*innen und Schüler*innen mit zeitgemäßer Hardware und Software auszustatten. Wir
1258 setzen uns dafür ein, dass jedes Kind in Neukölln die Ausstattung erhält, die es braucht,
1259 um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Das Bezirksamt soll die Neuköllner
1260 Schulen dabei beraten und unterstützen, eine entsprechende digitale Ausstattung
1261 aufzubauen. Für uns ist überdies klar: Digitaler Unterricht braucht eigene Konzepte und
1262 eine angepasste Pädagogik für die Wissensvermittlung auf Distanz. Dafür ist es wichtig,
1263 dass Lehrkräfte die notwendige pädagogische Weiterbildung erhalten. Schüler*innen und
1264 Lehrer*innen möchten wir Zugriff auf digitale Wissensbestände – etwa von Bibliotheken –
1265 sicherstellen.

1266 Schule weiter denken

1267 Der schulische Alltag beginnt auf dem Schulweg. Diesen möchten wir mit deutlicher
1268 Verkehrsberuhigung vor jeder Schule, kindergerechten Grünphasen an Ampeln und sicheren
1269 Radwegen verbessern. In unserem Bezirk sind viele Schüler*innen die ersten in ihrer
1270 Familie, die das Abitur ablegen und ein Studium aufnehmen. Andere machen eine Ausbildung,
1271 gründen Unternehmen oder unterstützen die Verwaltung. Wir wollen die verschiedenen Wege
1272 durch die bessere Verzahnung von Schule und Beruf, durch Beratung und kluge
1273 Übergangskonzepte von der Kita bis zur Berufs- oder Studienwahl unterstützen.
1274 Oberschultage, Jobmessen, Hospitationen an Grundschulen und Tage der offenen Tür wollen
1275 wir deshalb vernetzen und fördern.

1276

1277 Schulische Bildung wiederum endet nicht mit dem Kernunterricht. Projekttag, die Mitarbeit
1278 in Schulgärten, in Schülerzeitungen, in Theatergruppen, der Instrumentalunterricht oder
1279 diversen Arbeitsgemeinschaften tragen zur Entwicklung der Schüler*innen bei. Viele dieser
1280 Angebote werden von Schüler*innen selbst oder aber von externen Personen, Vereinen und
1281 Organisationen getragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass entsprechende Initiativen
1282 durch den Bezirk gezielt gefördert und Mittel – etwa in Form eines Ehrenamtsprogramms –
1283 für das Engagement weiter bereitgestellt und ausgebaut werden.

1284 Schule weiter zu denken, heißt auch, andere Bildungsmethoden und -orte auszuweiten. Wir
1285 wollen die Stadtteilbibliotheken weiter stärken, deren digitale Angebote ausbauen und ihre

1286 Vernetzung mit den Schulen intensivieren. Neukölln hat darüber hinaus mit der
1287 Gartenarbeitsschule, dem Freilandlabor im Britzer Garten, dem Bezirksmuseum Neukölln, der
1288 Volkshochschule und Musikschule Neukölln und vielen anderen Institutionen ein breites
1289 Angebot außerschulischer Lernorte. Auch sie möchten wir erhalten und in ihrer
1290 Weiterentwicklung durch den Bezirk unterstützen.

1291 Sportplätze erneuern, Sport für Kinder und Jugendliche stärken Um Sporthallen und -plätze
1292 zu sanieren und diese gerade auch in den Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten für
1293 Freizeitaktivitäten zu öffnen, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Wir möchten den
1294 Neu- und Ausbau von Sportanlagen gezielt fördern, mit einem Fokus auf Sportarten, die
1295 bisher mit Sportflächen im Bezirk unterversorgt sind. Der vereinsungebundene Sport soll
1296 bei der Vergabe von Hallen- und Platzzeiten zukünftig stärker berücksichtigt werden. Das
1297 Programm des Neuköllner Schwimmbären wird weitergeführt. Es soll allen Neuköllner Kindern
1298 ermöglichen, das Schwimmen zu erlernen.

1299 4.2. Neukölln bleibt divers, Neukölln hält zusammen

1300 Diskriminierung beenden, Rechten Terror Bekämpfen

1301 Für viele Menschen sind Diskriminierung und Rassismus – auch im Umgang mit den Berliner
1302 Sicherheitsbehörden und der Verwaltung – Teil ihrer alltäglichen Erfahrungen. Wir fordern
1303 die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die unter der Beteiligung
1304 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen diskriminierende Strukturen und Praktiken in den
1305 Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdeckt und geeignete Maßnahmen
1306 entwickelt, um diese abzubauen. Dadurch soll auch das Vertrauen in die Verwaltung und die
1307 Behörden wieder gestärkt werden. Uns ist es wichtig, explizit die Perspektiven und
1308 Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind (u.a. Schwarze Menschen,
1309 türkei- und arabischstämmige Menschen, Sintize* und Romnja*), bei der Entwicklung und
1310 Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

1311 Neukölln ist seit Jahren von einer Rechten Terrorserie betroffen. Wir stehen solidarisch
1312 an der Seite der Betroffenen. Der sogenannte „Neukölln Komplex“ ist bis heute nicht
1313 zufriedenstellend aufgeklärt, das Vertrauen vieler Neuköllner*innen gegenüber den
1314 Sicherheitsbehörden schwindet. Es ist ein Skandal, dass namentlich bekannte Tatverdächtige
1315 jahrelang unbehelligt agieren konnten. Während durchschlagende Ermittlungsergebnisse
1316 ausblieben, stellte sich zurecht die Frage, inwieweit die Sicherheitsbehörden in Teilen
1317 selbst in den „Neukölln Komplex“ verwickelt sind. Wir begrüßen daher die Einsetzung der
1318 Ermittlungsgruppe zur rechten Terrorserie in Neukölln und deren erste Ermittlungserfolge.
1319 Zugleich schließen wir uns der Forderung der Betroffenen und zivilgesellschaftlicher
1320 Bündnispartner*innen an: Es muss ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt
1321 werden, der alle offenen Fragen kritisch durchleuchtet, die im Zuge der Terrorserie und
1322 der Ermittlungen aufgekommen sind. Dabei möchten wir, dass der Untersuchungszeitraum Fälle
1323 seit dem Jahr 2010 berücksichtigt und auch den bis heute nicht aufgeklärten Mord an Burak
1324 Bektas sowie die offenen Fragen bezüglich des Mords an Luke Holland in den Blick nimmt.

1325 Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts stärken

1326 Rechtsextreme, rassistische, antisemitische, frauen- homo- und transfeindliche Übergriffe
1327 sind in unserem Bezirk leider Teil des Alltags. Dem möchten wir uns systematisch und
1328 weiterhin in einem breiten Bündnis entgegenstellen. Daher setzen wir uns für die
1329 langfristige finanzielle und ideelle Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im
1330 gesamten Bezirk ein und unterstützen antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle
1331 für Opfer rechter Gewalt tätig sind.

1332 Im Süden Neukölln ist die rechte Szene nach wie vor aktiver und stärker sichtbar als im
1333 Norden des Bezirks. Hier kommt es fortlaufend zu rechtsextremen Markierungen im
1334 öffentlichen Raum. Die Neuköllner Registerstelle möchten wir dabei unterstützen, die
1335 Vernetzung im Süden Neuköllns auszubauen und lokale antifaschistische Bündnisse zu
1336 stärken.

1337 Im Bezirksamt möchten wir die Stelle der*s Beauftragten für Fragen gruppenbezogener
1338 Menschenfeindlichkeit einrichten. Die*der Beauftragte soll hauptamtlich unter anderem den
1339 regelmäßigen Austausch zwischen den zuständigen Abteilungen des Bezirksamts und
1340 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sicherstellen. Insbesondere die Bezirksverwaltung
1341 profitiert vom Wissensaustausch mit den (lokal verankerten) Initiativen.

1342 Fraueninfrastruktur im gesamten Bezirk stärken
1343 Zivilgesellschaftlich getragene Frauenprojekte sind in Neukölln geographisch gesehen
1344 ungleich verteilt. Im Süden unseres Bezirks gibt es keine ausreichende Infrastruktur für
1345 Frauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mittel bereitgestellt werden, um den Aufbau
1346 von Frauenprojekten und -angeboten – etwa in Arbeits-, Bildungs- oder Gesundheitsfragen –
1347 zu ermöglichen.

1348 Darüber hinaus möchten wir die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit mehr Ressourcen
1349 ausstatten. Zur Förderung von Frauen- und Mädchensport sollen regelmäßige Sportfeste im
1350 ganzen Bezirk stattfinden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass bei der
1351 Vergabe von Zeiten auf Sportanlagen/-hallen Vereine mit einem hohen Anteil von Frauen*
1352 unter den aktiven Sportler*innen besonders berücksichtigt werden.

1353 Erinnerungskultur im (post-)migrantischen Bezirk

1354 Unsere vielfältige Bezirksgesellschaft spiegelt sich derzeit noch kaum in der
1355 Erinnerungsarbeit wider. Wir möchten den (post-)migrantischen Communities, Schwarzen
1356 Menschen und People of Color im öffentlichen Raum und in den bezirklichen Kultur- und
1357 Bildungsinstitutionen mehr Platz einräumen. Unter ihrer Beteiligung soll ein erinnerungs-
1358 und bildungspolitisches Konzept erarbeitet werden, um die vielfältige(n) Geschichte(n)
1359 unseres Bezirks und seiner Einwohner*innen in den Bezirksmuseen und -bibliotheken, in der
1360 Volkshochschule und in Geschichtswerkstätten sicherzustellen.

1361 Die Dekolonisierung des öffentlichen Raums und die kritische Aufarbeitung der
1362 Kolonialvergangenheit werden wir weiter vorantreiben. Wir fordern die Neugestaltung des
1363 kolonialhistorischen Gedenkensembles auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadam und
1364 möchten, dass das Bezirksmuseum Neukölln kolonialismuskritische Museumsprojekte durchführt
1365 und dafür Mittel aus dem Landeshaushalt einwirbt.

1366 Seit diesem Jahr gibt es in Neukölln die Lucy-Lameck-Straße, die an eine antikoloniale
1367 tansanische Aktivistin und Politikerin erinnert. Wir Grüne haben die Umbenennung gemeinsam
1368 mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Bezirksgesellschaft durchgesetzt und damit
1369 die 130 Jahre währende öffentliche Ehrung eines Kolonialverbrechers an gleicher Stelle
1370 beendet. Die kritisch einordnende Informationstafel, die wir Grüne in dieser Wahlperiode
1371 in der Woermannkehre durchsetzen konnten, kann nur der Anfang eines Erinnerungsprozesses
1372 sein, an dessen Ende die Umbenennung der Straße steht. Wir werden uns darüber hinaus dafür
1373 einsetzen, dass weitere kritische Straßenbenennungen in Neukölln systematisch erfasst
1374 werden und (Um-)Benennungen von Straßen zukünftig grundsätzlich zugunsten von Gruppen
1375 erfolgen, deren Gedenken im öffentlichen Raum immer noch unterrepräsentiert sind: Frauen*,
1376 Schwarze Menschen und People of Color.

1377 Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* bekämpfen

1378 Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen. Alle
1379 Neuköllner*innen müssen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Um Angsträume zu
1380 verhindern, werden wir daher die (Straßen-)Beleuchtung an Wegen verbessern, an denen dies
1381 nötig ist. Um systematisch gegen Gewalt vorzugehen, werden wir uns überdies für die
1382 Einrichtung eines regelmäßigen „Runden Tisches“ einsetzen. An diesem sollen, neben dem
1383 Bezirksamt, die LSBTIQ*-Ansprechpersonen der Polizei und zivilgesellschaftliche Projekte
1384 mit Expertisen zu queerfeindlicher und sexistischer Gewalt im Bezirk teilnehmen.
1385 Intersektionale Perspektiven sollen bei der Besetzung sichergestellt werden. Darüber
1386 hinaus möchten wir eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* nach dem Vorbild
1387 der Aktion „Sicherheit-Geborgenheit-Neukölln“ initiieren, um für das Problem zu
1388 sensibilisieren und den Dialog weiter zu fördern. Wir treten für den Schutz Neuköllns
1389 queerer Orte ein. Sie sind Safer Spaces und Magnete für unterschiedlichste Communities.
1390 Wir schätzen ihr leidenschaftliches Engagement für LSBTIQ* ebenso wie für ihre
1391 Nachbarschaft.

1392 Gewalt gegen Frauen und Kinder findet nicht „nur“ im öffentlichen Raum, sondern vor allem
1393 auch im Privaten statt. Im Zuge der Pandemie sind die Gewaltvorfälle noch einmal in einem
1394 erschreckenden Maße gestiegen. Menschen, die davon betroffen sind, wissen oft nicht, wo
1395 sie Hilfe bekommen können. Wir wollen daher in Neukölln eine (mehrsprachige) Kampagne auf
1396 den Weg bringen, die Informationen über Anlaufstellen gebündelt zugänglich macht. Die
1397 Informationen sollen vor allem an Orten angeboten werden an denen potentielle betroffene
1398 Personen diese in einem geschützten Kontext lesen können. Bestehende Erstanlaufstellen,
1399 die Betroffenen von häuslicher Gewalt zur Verfügung stehen, wollen wir um ein
1400 mehrsprachiges Angebot ausbauen.

1401 Teilhabe und Sichtbarkeit der Neuköllner LSBTIQ*-Community erhöhen

1402 Neukölln hat seit langem eine vielfältige queere Community, über deren Geschichte bis
1403 heute viel zu wenig bekannt ist. Wir möchten dies ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass
1404 die umfangreiche queere Geschichte unseres Bezirks unter Beteiligung der lokalen LSBTIQ*-
1405 Communities in einem Museumsprojekt aufgearbeitet und der Bezirksgesellschaft zugänglich
1406 gemacht wird. Daneben soll es ein bildungspolitisches Begleitprogramm geben, in dessen
1407 Fokus das gegenwärtige queere Neukölln steht.

1408 Die LSBTIQ*-Community in Neukölln wächst. Wir werden im Bezirksamt die Stelle der*des
1409 Queer-Beauftragten einrichten, um den vielfältigen Anliegen gerecht zu werden. Die*der
1410 Ansprechpartner*in wird die Sichtbarkeit der Community erhöhen, deren Teilhabechancen
1411 erhöhen, die Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz
1412 geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ vorantreiben sowie gegen homo- und
1413 transfreundliche Gewalt im Bezirk vorgehen.

1414 Kulturelle Vielfalt und Freiräume retten

1415 Die vielen Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen Neuköllns prägen das Bild und das
1416 gesellschaftliche Leben unseres Bezirks. Wir Grüne möchten, dass die über viele Jahre
1417 gewachsenen Strukturen und zunehmend bedrohten freien Festivals und Netzwerke gestützt
1418 werden. Dazu gehören nicht nur das bekannte „48 Stunden Neukölln“, sondern auch die „Art
1419 Spaces Neukölln“, die „Offenen Ateliers Neukölln“ oder Projekte wie „Herdelezi“, das sich
1420 als Statement gegen Antiziganismus in Neukölln etabliert hat. Wir setzen uns für eine
1421 finanzielle Sicherung dieser für Neukölln so wichtigen und äußerst lebendigen Szene ein.

1422 Kunst, Soziales, Raum und Stadt sollen zusammen gedacht und gestaltet werden – wir wollen
1423 dafür das zukunftsweisende Konzept der „Urbanen Praxis“ aufgreifen und dadurch mehr
1424 Formate im öffentlichen Raum ermöglichen. Um den vielfältigen kulturpolitischen Aufgaben

1425 im Bezirk und den unterschiedlichen Akteur*innen gerecht zu werden, möchten wir einen
1426 Kulturbeirat etablieren. In diesem sollen Vertreter*innen der Freien Szene und der
1427 bezirklichen Kulturinstitutionen sitzen. Der Beirat soll das Kulturamt in allen Fragen der
1428 kulturellen Entwicklung, von der Raumnutzung und -erschließung über die Projektentwicklung
1429 und -förderung bis hin zur Förderpolitik und Mittelvergabe beraten und begleiten.

1430 Wir brauchen ein öffentliches, besser sichtbares, gut ausgestattetes sowie in Teilen auch
1431 (digitales) Kulturangebot in allen Ortsteilen Neuköllns. Insbesondere in Buckow und in der
1432 Weißen Siedlung sollen niedrigschwellige, inklusive und aufsuchende Programme entwickelt
1433 werden, damit die Bewohner*innen besser an das vielfältige Kulturleben Neuköllns
1434 angebunden sind.

1435 Auch die kulturelle Bildung muss gestärkt werden, denn ohne Musikschule keine (Neuköllner)
1436 Oper! Bezirksbibliotheken, Volkshochschule, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen (Young
1437 Arts NK) und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bieten ein unverzichtbares und für alle
1438 zugängliches Angebot. Diese Kultur- und Bildungseinrichtungen spielen eine zentrale Rolle,
1439 um kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Deshalb werden wir uns dafür
1440 einsetzen, dass sie ausreichend ausgestattet sind und eine größere Sichtbarkeit erhalten.
1441 Wir möchten sie dabei unterstützen, ihre Angebote auszubauen und diversitäts- und
1442 kultursensibel weiterzuentwickeln. Gegenüber der Landesebene werden wir uns zudem dafür
1443 einsetzen, dass die bezirklichen Mittel für kulturelle Bildung erhöht werden. Zukünftig
1444 sollen auch selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen aus diesen Mitteln
1445 gefördert werden können.

1446 Sei es das Schloss und Gutshof Britz und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt als zentrale
1447 Veranstaltungsorte im Süden Neuköllns oder die ehemalige Werkstatt der Kulturen ganz am
1448 Nordzipfel des Bezirks: Neuköllns Kultureinrichtungen möchten wir stärken und in ihrer
1449 Weiterentwicklung unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es eine
1450 zeitgenössische und diversitätsorientierte Weiterentwicklung dieser Orte gibt und am
1451 Kulturstandort in der Lucy-Lameck-Straße wieder eine lokal verwurzelte Institution mit
1452 gesamtstädtischer Bedeutung entsteht, die einen postkolonialen und (post-)migrantischen
1453 Schwerpunkt hat.

1454

1455 Des Weiteren müssen öffentliche Liegenschaften stärker und auch vielfältiger für
1456 kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Freilichtsbühne im Gutshof Britz ist
1457 seit Jahren ebenso fast ungenutzt wie die auf dem Kulturbunker in der Rungiusstraße. Wir
1458 wollen diese Orte weiterentwickeln und auch darüber hinaus die Nutzung von bezirklichen
1459 Räumen für kulturelle Angebote ermöglichen und vereinfachen.

1460 Ganz egal ob Schwuz, Sameheads oder Schrippe Hawaii: Diese und andere Clubstandorte sind
1461 Freiräume, die unseren Bezirk prägen. Sie tragen dazu bei, dass Neukölln divers, kreativ
1462 und interessant ist. Um etwaige nachbarschaftliche Konflikte zu lösen, haben wir auf
1463 Landesebene einen Lärmschutzfond etabliert, mit Hilfe dessen lärmdämmende Maßnahmen
1464 finanziert werden können. Wir haben uns zudem dafür eingesetzt, dass Clubkultur in Berlin
1465 nun auch formal als Kultur anerkannt ist. Heute benötigen Clubs mehr als je zuvor, unsere
1466 Unterstützung, denn die Pandemie ist für viele von ihnen existenziell gefährdend. Rot-Rot-
1467 Grün hat mit der Soforthilfe IV extra für diese Kreativszene einen Hilfstopf eingerichtet.
1468 Für uns ist klar: Es wird weitere Hilfen brauchen. Wir werden uns daher auch weiterhin für
1469 Lösungen einsetzen, um die vielfältige Clubkultur in Neukölln am Leben zu erhalten.

1470 4.3. Selbstbestimmt und gesund leben

1471 Den öffentlichen Gesundheitsdienst besser aufstellen

1472 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein gut ausgestatteter und
1473 funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist. Wir werden uns für eine
1474 Überarbeitung der Pandemieplanung des Landes Berlin sowie der Konzeption der
1475 Mustergesundheitsämter einsetzen, um aus der Corona-Pandemie die nötigen Lehren zu
1476 ziehen. In Neukölln sind aber im ÖGD unabhängig davon an zwei Stellen Verbesserungen
1477 notwendig, für die wir Grüne uns einsetzen: Bei der Personalausstattung und bei der
1478 Digitalisierung.

1479 Das bezirkliche Gesundheitsamt hat es zuletzt nicht geschafft, alle Stellen zu besetzen.
1480 Um die Attraktivität der Arbeitsplätze kurzfristig zu steigern, wollen wir die Möglichkeit
1481 der Zahlung außertariflicher Zulagen in den medizinischen Berufsgruppen konsequent nutzen.
1482 Bei der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung werden wir uns für eine Erleichterung
1483 des Verfahrens einsetzen. Um langfristige Verbesserungen zu erreichen, werden wir uns beim
1484 Land Berlin dafür einsetzen, dass die Stellen des ÖGD im Rahmen des Tarifvertrags der
1485 Länder höher eingruppiert werden.

1486 Die Digitalisierung der Infrastruktur des ÖGD soll mit einem berlinweiten Konzept
1487 vorangetrieben werden, um ein standardisiertes System sicherzustellen. Das Neuköllner
1488 Bezirksamt soll sich in dessen Konzeption, u.a. mit den Erfahrungen beim Einsatz digitaler
1489 Meldesysteme in der Corona-Pandemie, einbringen.

1490 **Stärkung der gesundheitlichen Versorgung**

1491 Das Vivantes-Klinikum Neukölln ist ein wichtiger Anker der gesundheitlichen Versorgung
1492 Neuköllns. Wir freuen uns daher, dass die rot-rot-grüne Landesregierung die Modernisierung
1493 sowie den Ausbau des Krankenhauses ermöglicht und dafür die enorme Summe von 164 Millionen
1494 Euro bereitgestellt hat. Wir begrüßen überdies die Einrichtung der Notdienstpraxen für
1495 Kinder und Erwachsene am Vivantes-Klinikum Neukölln. Diese tragen zur Entlastung der
1496 Rettungsstelle bei und leisten zugleich ein Beitrag zur intersektoralen und damit
1497 umfassenden Versorgung.

1498 Die ambulante ärztliche Versorgung weist in Neukölln jedoch weiterhin eine starke
1499 Unterversorgung in zu vielen Bereichen auf. So fehlt es im Bezirk etwa an
1500 Kinderärzt*innen, Frauenärzt*innen oder Psychotherapeut*innen. Wir begrüßen zwar die von
1501 der „Kassenärztlichen Vereinigung Berlin“ im Jahr 2020 angekündigten Ansiedlungszuschüsse
1502 für unterversorgte Bezirke, diese alleine werden aber nicht genügen, um eine bessere
1503 räumliche Verteilung der ambulanten Praxen sicherzustellen. Wir möchten daher, dass die
1504 bezirkliche Perspektive stärkeren Eingang im zuständigen Landesgremium erhält,
1505 insbesondere bezüglich der konkreten Bedarfsplanung, der Entscheidungsprozesse des
1506 Zulassungsausschusses und bei der Beratung und Betreuung niederlassungswilliger
1507 Ärzt*innen. Wir wollen überdies eine systematische bezirkliche Bedarfsplanung, die die
1508 tatsächlichen Gesundheitsbedürfnisse der Neuköllner*innen ermittelt. Diese soll auch die
1509 Versorgungsbedarfe geflüchteter Menschen berücksichtigen und diese damit weiter
1510 verbessern. Schon jetzt können sich Menschen ohne gültigen „Aufenthaltstitel“ mit einem
1511 anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem
1512 der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist.

1513 Wir möchten die sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung stärken, die eine
1514 niedrigschwellige ärztliche Versorgung mit sozialen Beratungsangeboten kombiniert und eine
1515 Vernetzung in die sozialräumlichen Strukturen und Netzwerke der umliegenden Kieze
1516 sicherstellt. Damit knüpfen wir an die Arbeit der letzten Jahre an: So bietet der neue und
1517 bislang einzigartige „Checkpoint BLN“ am Hermannplatz unter einem Dach niedrigschwellig
1518 Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle
1519 Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS.

1520 Dabei werden wir uns sowohl für tragfähige Kooperationen des Bezirksamts mit bestehenden
1521 lokal handelnden Gesundheitsprojekten einsetzen – etwa mit dem entstehenden
1522 Stadtteilgesundheitszentrum des „Gesundheitskollektiv Berlin“ im Rollbergkiez – als auch
1523 die bezirklichen Planungen für ein Familiengesundheitszentrum weiter vorantreiben.

1524 Wir möchten allen Menschen den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem
1525 ermöglichen. Insbesondere Schwarze Menschen, People of Color, Menschen mit
1526 Migrationsgeschichte und Geflüchtete sollen eine bessere gesundheitliche Versorgung
1527 erhalten. Auch für alleinlebende Senior*innen oder Menschen, die von verschiedenen
1528 Erkrankungen gleichzeitig betroffen sind, möchten wir die Gesundheitsberatung verbessern.
1529 Daher werden wir uns beim Land Berlin für die Finanzierung eines mehrsprachigen
1530 Gesundheitslots*innen-Pilotprojekts einsetzen. Dieses soll insbesondere den genannten
1531 Personengruppen Orientierung im Gesundheitssystem geben, über in Frage kommende Angebote
1532 informieren, sie bei der Beantragung zur Inanspruchnahme dieser Leistungen unterstützen
1533 sowie Präventionsangebote vermitteln.

1534 Pflegeangebote bedarfsgerecht und diversitätssensibel ausbauen

1535 Wir Grüne möchten, dass pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige Angebote erhalten,
1536 die ihren Bedarfen und Lebenssituationen entsprechen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass
1537 der Bezirk alle vier Jahre eine verbindliche Planung für die Weiterentwicklung der
1538 ambulanten, voll- und teilstationären Pflege- und Beratungsangebote sowie der
1539 palliativmedizinischen Angebote und der Hospizstrukturen erstellt. Um die realen Bedarfe
1540 zielgruppengerecht abzubilden, sollen Senior*innenvertretungen,
1541 Migrant*innenselbstorganisationen, Betroffeneninitiativen sowie Vertreter*innen von
1542 Stadtteilgruppen und der queeren Community aktiv an der Planung beteiligt werden.

1543 Wir werden uns für die diversitätssensible Öffnung bereits bestehender Pflegeangebote und
1544 Angebote der Sterbebegleitung sowie die Schaffung weiterer Einrichtungen einsetzen, um der
1545 wachsenden Zahl an Senior*innen of Color und Pflegebedürftigen mit Migrationsgeschichte
1546 Rechnung zu tragen. Dazu zählt der Ausbau von diversitätssensiblen Beratungs- und
1547 Betreuungsangeboten, die Stärkung der Pflegestützpunkte, die Bekanntmachung bestehender
1548 Selbsthilfeangebote und die mehrsprachige Informationsvermittlung. Für Patient*innen mit
1549 Demenzerkrankungen benötigen wir überdies spezielle Einrichtungen mit dafür geeigneter
1550 Ausstattung und entsprechend ausgebildetem Personal.

1551 Teilhabe von Menschen mit Behinderung

1552 Wir Grüne möchten Barrieren abbauen, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen
1553 können. Daher haben wir in Neukölln dafür gearbeitet, dass die notwendigen Strukturen im
1554 Bezirksamts aufgebaut werden, um das Bundesteilhabegesetz und die UN-
1555 Behindertenrechtskonvention umzusetzen. In der kommenden Wahlperiode wird es darauf
1556 ankommen, den Paradigmenwechsel von „Fürsorge“ hin zu „Teilhabe“ tatsächlich zu vollziehen
1557 und eine sozialräumliche Betrachtung zu etablieren. Den dafür notwendigen Personalbedarf
1558 werden wir fortlaufend überprüfen und für Mitarbeiter*innen des Bezirksamts entsprechende
1559 Schulungsmaßnahmen anbieten.

1560 Kieze und Drogenkonsument*innen nicht alleine lassen

1561 In Jahr 2019 wurde in der Karl-Marx-Straße der erste Drogenkonsumraum in Neukölln
1562 eingerichtet und damit eine langjährige Grüne Forderung umgesetzt. Abhängige Personen
1563 haben dort die Möglichkeit, unter hygienischen Bedingungen Drogen zu konsumieren und mit
1564 geschulten Ansprechpartner*innen vertrauensvolle Beratungsgespräche zu führen. Zugleich
1565 wird der Kiez, dessen Bewohner*innen und Gewerbetreibende, erheblich entlastet, wenn
1566 Drogen nicht mehr auf der Straße, auf Spielplätzen oder in Bahnhöfen konsumiert werden.

1567 Wir möchten die Öffnungszeiten deutlich erweitern, um mehr Menschen zu erreichen und
1568 insbesondere obdachlosen Konsument*innen den Zugang und die Nutzung von Konsumräumen zu
1569 erleichtern, etwa indem wir Konsument*innen ermöglichen, die Räume zu nutzen, ohne sich
1570 vorher zu registrieren. Aufgrund des großen Bedarfs setzen wir uns zukünftig für den
1571 Aufbau eines zweiten, niedrighschwellig und bürokratiearm erreichbaren Drogenkonsumraums im
1572 Bezirk ein.

1573 Um der häufig sattfindenden örtlichen Verlagerung des Drogenkonsums – zuletzt etwa nach
1574 Britz – zu begegnen, halten wir zusätzliche flexible Angebote wie Drogenkonsummobile und
1575 Straßensozialarbeit für notwendig. Den Einsatz des Drogenkonsummobils wollen wir in
1576 Neukölln dauerhaft sichern. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es – anders als zuletzt –
1577 seinen Standort ohne großen bürokratischen Aufwand wechseln kann – etwa in Form fest
1578 vereinbarter Einsatzorte, um an den Konsumschwerpunkten aktiv sein zu können.

1579 Die Straßensozialarbeit werden wir ergänzen. Mit zusätzlichen, sprachlich differenzierten
1580 Angeboten möchten wir insbesondere Konsument*innen mit Migrationsgeschichte ansprechen,
1581 die von den bestehenden Hilfsangeboten nicht erreicht werden oder Konsum- und
1582 Beratungsräume meiden, weil sie strafrechtliche Verfolgung fürchten.

A6NEU 5. Nachhaltig und fair - Wirtschaft und Arbeit der Zukunft gestalten

Antragsteller*innen:

Text

1610 5. Nachhaltig und fair - Wirtschaft und Verwaltung der Zukunft 1611 gestalten

1612 Vom Solo-Selbstständigen über Einzelhandel und Kreativwirtschaft bis zum Handwerk und zur
1613 Industrie – die Wirtschaft in Neukölln ist breit aufgestellt. Als Arbeitgeber*in oder
1614 Anbieter*in von Produkten und Dienstleistungen, ist sie ein unerlässlicher Bestandteil
1615 unseres gesellschaftlichen Lebens – und trägt damit auch eine große Verantwortung für die
1616 Gemeinschaft. In den kommenden Jahren möchten wir die Transformation vorantreiben, hin zu
1617 einer sozial-ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft, mit „guter Arbeit“ und einer
1618 Produktion, die Ressourcen und Umwelt nicht belastet.

1619 Über Jahre wurden die Bezirke in Berlin kaputtgespart. Seit 2016 haben wir Grüne die
1620 Kehrtwende eingeleitet und in der Landesregierung dafür gesorgt, dass die Bezirke für ihre
1621 Aufgaben wieder besser ausgestattet werden. Endlich war es möglich, den Personalbestand
1622 wieder zu stärken – berlinweit wurden in nur vier Jahren 20% neue Stellen in den
1623 Bezirksverwaltungen geschaffen. Das Resultat lässt sich sehen und spüren: die
1624 Serviceangebote für Bürger*innen konnten auf- und der Investitions- und Sanierungsstau im
1625 Bereich öffentlicher Gebäude abgebaut werden. In den kommenden Jahren möchten wir dafür
1626 sorgen, dass sich die Bezirksverwaltung noch diverser und klimafreundlicher und digitaler
1627 aufstellt und über partizipative Verfahren und Angebote sicherstellt, dass
1628 Neuköllner*innen über noch mehr an Bezirkspolitik beteiligt werden.

1629 **Schlüsselprojekte:**

- 1630 • **Kreislaufwirtschaft made in Neukölln**
1631 Wir wollen den Weg zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft einschlagen, die erst
1632 gar keinen Müll produziert. Dazu wollen wir eine Zero-Waste-Strategie für Neukölln
1633 vorantreiben und in Pilotprojekten konkrete Ansätze ausprobieren und fördern, bspw.
1634 Re-Use-Modelle oder Mehrweglösungen für gastronomische Abhol- und Lieferdienste. Auf
1635 dem Rollberg schaffen wir ein “Zero-Waste-Haus” als Ort für Innovationen und
1636 Bildungsarbeit.
- 1637 • **Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**
1638 Um Menschen in Neukölln neue Chancen in Arbeit zu geben, wollen wir Unternehmen
1639 stärker in "Berufsqualifizierungsnetzwerke" einbinden. Dafür möchten wir das
1640 Jobcenter Neukölln in das Landesprogramm „Berlin braucht dich“ der
1641 Integrationsbeauftragten aufnehmen, verstärkt lokale Betriebe in den Kiezen
1642 beteiligen und Menschen, die lange arbeitslos waren, über die Programme von Land und
1643 Bund neue Möglichkeiten in öffentlich geförderter Beschäftigung geben.
- 1644 • **Beteiligung stärken - Bürger*innenhaushalt und Bürger*innenräte einführen**
1645 Wir wollen die bezirkliche Demokratie stärken und neue Instrumente der Beteiligung
1646 einführen. Dazu wollen wir Bürger*innenräte einrichten, in denen zufällig geloste
1647 Menschen aus dem Bezirk an Entscheidungsprozessen mitwirken können – etwa zur
1648 Definition und konkreten Umsetzung lokaler Klimaschutzziele. Außerdem sollen die

1649 Neuköllner*innen im Rahmen eines echten Bürger*innenhaushalts über einen
1650 festgelegten Teil des Bezirkshaushaltes direkt entscheiden können.

1651 5.1. Sozial-ökologische Transformation der lokalen Wirtschaft

1652 Lokales Gewerbe sichern und nachhaltig fördern

1653 Steigende Gewerbemieten in Neukölln führen nicht nur zu einer Abwanderung kleiner
1654 Handwerksbetriebe und Geschäfte, sie verdrängen auch wohnortnahe KITAS und andere soziale
1655 Einrichtungen, die oftmals die hohen Preise nicht bezahlen können. Da im Unterschied zu
1656 Wohnungsmieten kaum belastbare Informationen über Höhe und Entwicklung der Pacht und
1657 begleitender Vertragskonditionen vorliegen, wollen wir uns für eine Verbesserung der
1658 verfügbaren Datenlage einsetzen.

1659
1660 Wir möchten in unseren Kiezen ein breites Angebot lokaler Dienstleistungen sichern und
1661 dafür den im Wohnbereich erfolgreichen Milieuschutz auch auf Gewerbemieten ausweiten. Wir
1662 Grüne haben eine Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg
1663 gebracht. Und berlinweit setzen wir uns dafür ein, dass die landeseigenen
1664 Wohnungsunternehmen kostengünstige Angebote für die Mieter*innen von Gewerberaum machen,
1665 die wir in der Stadt für den Erhalt der sozialen Infrastruktur und für kleinteiliges
1666 Gewerbe brauchen.

1667 Die Wirtschaftsförderung für kleine, gemeinwohlorientierte und umweltverträgliche
1668 Unternehmen wollen wir stärken. Dazu streben wir eine Erweiterung der bezirklichen
1669 Wirtschaftsförderung „Unternehmen Neukölln“ um die Themen Solidarische Ökonomie und
1670 Nachhaltigkeit an. Zur Förderung gehört die Unterstützung von Gründer*innen, insbesondere
1671 wenn sie solidarisch, zukunftsfähig und nachhaltig wirtschaften, und die Stärkung von
1672 Unternehmer*innen-Netzwerken im Bezirk.

1673 Kultur- und Kreativwirtschaft gehört unverzichtbar zur lokalen Wirtschaft in Neukölln. Sie
1674 schafft Arbeitsplätze, trägt zur Stabilisierung von Quartieren und zur
1675 Standortprofilierung bei. Hier wollen wir bereits existierende Angebote ausbauen und
1676 festigen.

1677 In Zusammenarbeit mit migrantischen Unternehmensverbänden wollen wir
1678 Weiterbildungsmaßnahmen für Kleinst- und Kleinbetriebe voranbringen und die gezielte
1679 Förderung von Unternehmen ausbauen, die von Menschen und insbesondere Frauen mit
1680 Migrationsgeschichte geführt werden. Informationen über vorhandene Fördermaßnahmen, aber
1681 auch wichtige Genehmigungs- und Kontrollverfahren sollen besser bekannt gemacht werden. Auf
1682 Landesebene wollen wir den Zugang migrantischer Betriebe zu den Kreditprogrammen der
1683 Landesbank IBB erleichtern – durch mehr Austausch und Information, aber auch durch
1684 anonymisierte Antragsverfahren.

1685 Solidarische Ökonomie und Kreislaufwirtschaft stärken

1686 Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Dazu gehören für uns Formen der
1687 solidarischen Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, und Open-Source-
1688 Initiativen. Sie stehen für eine Art des Wirtschaftens, die langfristige und faire
1689 Arbeitsverhältnisse schafft, regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und das Gemeinwesen,
1690 nicht den Profit, in den Vordergrund stellt. Wir wollen zugeschnittene Beratungsangebote
1691 schaffen und ausbauen und uns dafür einsetzen, dass Gründer*innen aus diesem Sektor einen
1692 gleichberechtigten Zugang zu Fördermaßnahmen erhalten. Auf Landesebene wollen wir uns
1693 weiterhin dafür einsetzen, dass europäische Fördergelder besser abgerufen werden, um damit
1694 die die Wirtschaftsförderung in Neukölln weiter auszubauen.

1695 Die Idee der Kreislaufwirtschaft möchten wir in allen Bereichen der Wirtschaft stärken.
1696 Wir begrüßen private Initiativen wie das „Circular Economy House“ (CRCLR) auf dem
1697 Rollberg-Areal und freuen uns, dass "Yesil Cember" mit seiner Umweltbildung und den
1698 gemeinnützigen Re-Use-Projekten im Rollbergviertel aktiv ist. Wir setzen uns darüber
1699 hinaus für die Einrichtung eines gemeinnützigen Re-Use- und Zero-Waste-Hauses in direkter
1700 Nachbarschaft ein. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem gebrauchte Waren neue
1701 Besitzer*innen finden, an dem unverpackt eingekauft werden kann und der Raum für
1702 Innovation und Bildungsarbeit im Bereich Nachhaltigkeit, Abfallvermeidung und Upcycling
1703 bietet. Initiativen und Start-Ups sollen hier bezahlbare Räume finden.

1704 Wir GRÜNE werden uns für die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie für Neukölln
1705 einsetzen. Auf Landesebene haben wir hier schon viel erreicht, indem wir etwa die
1706 Müllvermeidung ins Zentrum der Berliner Abfallstrategie 2020-30 gestellt oder Konzepte für
1707 die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in die Berliner Ernährungsstrategie
1708 aufgenommen haben. Das kritische Hinterfragen der Abfallproduktion führt nicht nur zur
1709 Abnahme der Vermüllung des öffentlichen Raums, sondern auch zu einer wirtschaftlich
1710 sinnvollen, effizienten Ressourcennutzung. Mehrweglösungen möchten wir in Neukölln mit
1711 einem Pilotprojekt für gastronomische Abhol- und Lieferdienste fördern.

1712 Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche bekämpfen

1713 Der Cum-Ex-Skandal hat Steuerzahler*innen Milliarden gekostet, Wirecard zeigt, wie
1714 Behörden und große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die Augen vor Wirtschaftskriminalität
1715 verschließen. Vermögen aus Raub, ausbeuterischer Prostitution, Erpressung, Korruption oder
1716 illegalem Immobilienhandel finden im „Geldwäsche-Paradies“ Deutschland weitestgehend
1717 ungehindert den Weg in den Wirtschaftskreislauf. Auch viele Menschen in Neukölln leiden
1718 unter diesen Machenschaften.

1719 Organisierte Kriminalität ist ein gravierendes Problem, gegen das wir Grüne auf allen
1720 Ebenen systematisch vorgehen. Im Bundestag setzen wir uns gegen starken Lobby-Widerstand
1721 für Transparenz im Immobiliensektor ein. In Berlin wurde unter dem GRÜNEN Justizsenator
1722 Dirk Behrendt bei der Staatsanwaltschaft eine neue Abteilung für Vermögensabschöpfung
1723 sowie beim Berliner Landgericht eine Taskforce zur Bekämpfung von Geldwäsche eingerichtet.
1724 Beides mit Erfolg: In mehreren tausend Fällen wurden Vermögen eingezogen und Notare werden
1725 nun überprüft, um sicherzustellen, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen, Verdachtsfälle
1726 von Geldwäsche zu melden. Schon die bisherigen Fälle zeigen die Wirksamkeit dieses
1727 Ansatzes. Diesen effizienten Weg werden wir von Neukölln aus weiter unterstützen. Placebo-
1728 und PR-Maßnahmen, die ganze Straßenzüge und Bevölkerungsgruppen rassistisch stigmatisieren
1729 oder Shisha-Bars pauschal als Ort der Kriminalität verunglimpfen, lehnen wir entschieden
1730 ab.

1731

1732 5.2. Gute Arbeit für Neukölln - Menschen Perspektiven geben

1733 Ausbau der Unterstützungsangebote bei der Arbeitssuche

1734 Viele Menschen sind bei der Suche nach Arbeit und der beruflichen (Weiter-)Qualifizierung
1735 auf Hilfe angewiesen. Wir wollen die Neuköllner*innen in einem solch wichtigen
1736 Lebensbereich unterstützen und die Angebote des Jobcenters stärker an ihren Bedürfnissen
1737 orientieren. Dazu gehört auch, dass das Jobcenter der Vielfalt Neuköllns Rechnung trägt
1738 und Leistungen und Angebote entsprechend anbieten kann.

1739 Wir fordern den Ausbau der Mehrsprachigkeit in der Beratung, insbesondere auch durch die
1740 vermehrte Einstellung von Fachkräften mit Migrationsgeschichte. Wo das nicht in
1741 ausreichendem Maße möglich ist, wollen wir die Zusammenarbeit von Jobcenter und Behörden
1742 mit Sprachmittler*innen und migrantischen Selbstorganisationen weiter stärken.
1743 Insbesondere Geflüchtete ohne Deutschkenntnisse erleben oft einen erschwerten Zugang zum
1744 Arbeitsmarkt. Mit der Stabsstelle „Dialog und Zukunft“ konnten bei der Integration
1745 Geflüchteter in den Arbeitsmarkt Erfolge erzielt werden.

1746 Für mehr Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche, People of Color,
1747 Frauen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen wollen wir Neuköllner
1748 Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, etwa durch deren aktive Eingliederung in
1749 Berufsqualifizierungsnetzwerke. Dafür möchten wir das Jobcenter Neukölln in das
1750 Landesprogramm „Berlin braucht dich“ der Integrationsbeauftragten aufnehmen. Außerdem
1751 wollen wir die Angebote des Netzwerk BQN e.V. verstärkt an lokale Betriebe in den Kiezen
1752 vermitteln. Arbeitssuchende erhalten so passgenaue Unterstützung und tragen dazu bei, dass
1753 die diverse Gesellschaft ein Erfolgsfaktor für Neuköllns Wirtschaft wird.

1754 Weniger Bürokratie, bessere Beratung

1755 Zudem wollen wir die in Teilen überbordende und kleinteilige Jobcenter-Bürokratie abbauen
1756 und den damit einhergehenden entwürdigenden Umgang mit Menschen in Not beenden. Während
1757 der Pandemie hat sich gezeigt, dass Veränderungen möglich sind. Auf Vorladungen wurde
1758 verzichtet und stattdessen stärker auf Angebote und freiwilligen Kontakt gesetzt. Dies
1759 wollen wir soweit möglich beibehalten. Auf Sanktionen wollen wir soweit rechtlich möglich
1760 verzichten, damit die beratenden und unterstützenden Angebote des Jobcenters im
1761 Vordergrund stehen und ihre volle Wirkung entfalten können. So entlasten wir
1762 Mitarbeiter*innen im Jobcenter und schaffen neue Kapazitäten für eine bessere Beratung der
1763 Arbeitssuchenden. Möglichkeiten für digitale Antragstellung sowie das Ein- und Nachreichen
1764 von Unterlagen sollen weiter ausgebaut werden. Digitale Dienste können auch eine
1765 Terminvergabe in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Kund*innen unterstützen, so dass
1766 Sanktionen wegen Terminversäumnissen zur Ausnahme werden. Nicht immer lassen sich
1767 Konflikte vermeiden. Sie lassen sich aber durch Mediation und Empathie lösen. Wir setzen
1768 uns daher für die Einrichtung einer Schlichtungsstelle im Jobcenter ein.

1769 Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen

1770 Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für viele Menschen und ihre Familien
1771 Perspektivlosigkeit. Oftmals ist dieser Zustand keineswegs selbstverschuldet oder gewollt.
1772 Stattdessen ist Langzeitarbeitslosigkeit häufig die Folge von Erkrankungen, , fehlender
1773 sozialer Auffangsysteme , das Resultat rassistischer, sexistischer und queerfeindlicher
1774 Einstellungen oder Ergebnis von Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Wir GRÜNE
1775 arbeiten daran, diese strukturellen Barrieren abzubauen, auch wenn das natürlich ein
1776 langfristiges Ziel ist. Den jetzt betroffenen Menschen wollen wir den Wiedereinstieg in
1777 den Beruf durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Neukölln ermöglichen
1778 und erleichtern. Im Rahmen unserer Ziele zur Bekämpfung von Kinderarmut wollen wir
1779 besonders auf betroffene Familien zugehen. Dabei können Integrationsfachkräfte, wie sie
1780 etwa in Berlin-Mitte im Einsatz sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Sie nehmen die
1781 Situation der gesamten Familie in den Blick, bauen Vertrauen auf und helfen, die jeweils
1782 passenden Angebote für alle Familienmitglieder zu erkennen und koordiniert einzusetzen. So
1783 können Eltern entlastet, Kinder unterstützt und der Teufelskreis der Armut durchbrochen
1784 werden.

1785 Das Jobcenter braucht zudem mehr Fachkräfte, die besser im psychosozialen Bereich und im
1786 Betreuungsbereich ausgebildet sind. Wir fordern eine psychosoziale Beratung mit klinisch

1787 ausgebildetem Personal direkt im Jobcenter, bei der sich Arbeitslose und Vermittler
1788 gleichermaßen beraten lassen können. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern
1789 entlastet insbesondere auch die Beschäftigten im Jobcenter.

1790 5.3. Bezirksamt der Zukunft – digital, grün und divers

1791 Der Bezirk als attraktiver Arbeitgeber

1792 Eine moderne Verwaltung braucht ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal. Hier
1793 haben wir in den letzten Jahren schon viel erreicht. Bewerbungsprozesse wurden
1794 zentralisiert und digitalisiert, wodurch sich Stellenbesetzungsverfahren deutlich
1795 beschleunigten. Bei planbaren (z.B. altersbedingten) Nachbesetzungen gab es nunmehr auch
1796 eine vorausschauende Personalplanung, die zeitweise Doppelbesetzungen und damit den
1797 notwendigen Wissenstransfer ermöglichte. Auszubildende wiederum werden im Regelfall nach
1798 erfolgreichem Abschluss übernommen. Wir möchten den Bezirk Neukölln als Arbeitgeber
1799 zukünftig noch attraktiver machen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass für
1800 Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltungen bei der Stellenbewertung die gleichen Maßstäbe
1801 wie für Mitarbeiter*innen der Senatsverwaltungen angewendet und somit eine gleiche
1802 Bezahlung gewährleistet wird.

1803 Wir wünschen uns eine Belegschaft, die die Vielfalt Neuköllns auf allen Ebenen abbildet.
1804 Bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeiter*innen sollen bislang unterrepräsentierte
1805 Gruppen besonders angesprochen werden. Wir setzen wir uns für die Umsetzung des neuen
1806 Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ein. In enger Zusammenarbeit mit der für
1807 Antidiskriminierung zuständigen Senatsverwaltung soll das Diversity-Landesprogramm
1808 umgesetzt und eine diversitätsorientierte Personalentwicklung vorangetrieben werden. Zudem
1809 sollen Maßnahmen entwickelt werden, um die Durchlässigkeit von für Frauen, Menschen mit
1810 Migrationsgeschichte sowie inter-, trans- und nicht binäre Mitarbeiter*innen zur
1811 Leitungsebene zu erhöhen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möchten wir verbessern.
1812 Gerade auf Leitungsebene besteht hier noch Handlungsbedarf. Wir setzen uns daher auf
1813 Landesebene dafür ein, dass die Voraussetzungen für Teilzeitstellen und Doppelbesetzungen
1814 in Leitungsfunktionen geschaffen werden.

1815 Barrierefreie und diversitätssensible Verwaltung

1816 Wir wollen die Verwaltung zugänglicher machen. Das fängt bei der Sprache an. Statt
1817 Behördenkauderwelsch setzen wir uns für Kommunikation in leichter Sprache ein. Hiermit
1818 haben wir in dieser Wahlperiode bereits begonnen und Informationsmaterial wie auch
1819 Mieter*innenschreiben im Milieuschutz dementsprechend aufbereitet. Informationsbroschüren
1820 und persönliche Beratung sollen neben Deutsch auch in den Sprachen angeboten werden, die
1821 in Neukölln am häufigsten gesprochen werden. Wir möchten, dass in öffentlichen Texten alle
1822 Geschlechter sichtbar und im Verwaltungshandeln gleichbehandelt werden. Wir setzen uns
1823 daher auch für die konsequente Umsetzung des von uns GRÜNEN erstrittenen
1824 Landesantidiskriminierungsgesetzes auf Bezirksebene ein. Dazu gehört unter anderem, dass
1825 für alle Mitarbeiter*innen diversitätssensible und diskriminierungskritische Fortbildungen
1826 angeboten werden, die für Mitarbeiter*innen in Leitungsfunktionen verpflichtend sind.

1827 Moderner und ökologischer Aus- und Umbau der Verwaltung

1828 Nach der bitteren Zeit der Sparpolitik haben wir in den letzten Jahren wieder viel Boden
1829 gut machen können und dringend benötigtes Personal in der Verwaltung einstellen können.
1830 Diesen Weg möchten wir wo nötig und möglich weitergehen. Zusätzliches Personal braucht
1831 aber auch Platz. In den letzten Jahren konnte dieser Bedarf durch die Anmietung
1832 verschiedener Büroflächen gedeckt werden. Auf Dauer sind Büromieten aber deutlich teurer

1833 als eigene Gebäude. Daher möchten wir neue Immobilien für die Unterbringung der wachsenden
1834 Bezirksverwaltung akquirieren oder an geeigneten Standorten neu bauen. Beim Land setzen
1835 wir uns für die Bereitstellung geeigneter Liegenschaften ein. Durch die Sanierung der
1836 Bestandsgebäude stellen wir zudem bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten her und
1837 bringen den Klimaschutz voran. So wollen wir die Gebäude energetisch sanieren und bis 2025
1838 alle alle bezirkliche Liegenschaften, auf denen das nach aktuellem technischen Stand
1839 möglich und sinnvoll ist, mit Solaranlagen ausstatten.

1840 Der Fuhrpark des Bezirks soll klimafreundlich umgebaut werden. Neben emissionsfreien
1841 Kraftfahrzeugen sollen den Mitarbeitenden Dienstfahrräder sowie Dienst-E-Lastenräder zur
1842 Verfügung gestellt werden. Wir wollen das Bezirksamt zu einem fahrradfreundlichen
1843 Arbeitgeber entwickeln, die die aktive Mobilität seiner Mitarbeitenden finanziell und
1844 ideell fördert. Dazu gehören ausreichende, sichere und trockene Abstellmöglichkeiten für
1845 Fahrräder von Mitarbeitenden und Umkleideräume in den bezirklichen Liegenschaften.

1846 Digitalisierung für Alle

1847 Die digitalen Serviceangebote möchten wir weiter ausbauen. Um den Zugang zu Internet und
1848 Endgeräten für Alle zu ermöglichen, setzen wir uns für den Ausbau der öffentlich
1849 zugänglichen digitalen Infrastruktur ein. Kostenlose WLAN-Netze und digitale Arbeitsplätze
1850 sollen in Bibliotheken, Schulen, Jugendzentren ebenso wie in Freizeitstätten für
1851 Senior*innen und Kiezbüros entstehen. Bibliotheken sollen zudem vermehrt E-Reader und
1852 Tablets zur Ausleihe anschaffen und das bereits bestehende sehr gute vorhandene Angebot
1853 breiter und zielgruppengerecht bewerben.

1854 Wir wollen, dass alle Menschen eigenständig und sicher digitale Geräte verwenden können,
1855 Berührungsängste abbauen und Grundlagen für einen sensiblen und mündigen Umgang mit
1856 Internet-Angeboten vermitteln. Dafür bauen wir Fortbildungsangebote z.B. der
1857 Volkshochschulen aus – speziell auch für Senior*innen. Zudem wollen wir die Chancen
1858 digitaler Plattformen für eine solidarische Nachbarschaft jenseits kommerzieller
1859 Verwertungslogiken nutzen und uns dem – im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick schon
1860 erfolgreich eingesetzten – Netzwerk „Soziale Nachbarschaft und Technik“ (SoNaTe)
1861 anschließen.

1862 Mehr Transparenz und Beteiligung für alle Neuköllner*innen schaffen

1863 Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten im Bezirk weiter ausbauen. Im Rahmen der Berliner
1864 Leitlinien zur Beteiligung von Bürger*innen an der räumlichen Stadtentwicklung konnten vor
1865 kurzem zwei langjährige GRÜNE Forderungen umgesetzt werden: die Veröffentlichung einer
1866 Bauvorhabenliste und die Einrichtung einer Anlaufstelle für Bürger*innenbeteiligung.
1867 Künftig soll die Verwaltung zentral und aktuell über alle im Bezirk stattfindende
1868 Beteiligungsprozesse informieren und neben den analogen auch die digitalen
1869 Beteiligungsmöglichkeiten für alle Neuköllner*innen ausbauen. Für die einzelnen Projekte
1870 wollen wir verbindliche Beteiligungskonzepte entwickeln.

1871 Auch bei privaten Bauvorhaben werden wir uns weiterhin für eine umfassende
1872 Bürger*innenbeteiligung einsetzen. Dabei wollen wir die formalen Beteiligungsverfahren im
1873 Rahmen von Bebauungsplanverfahren stärker bewerben und bei Investor*innen darauf
1874 hinwirken, dass Verfahren entsprechend der Leitlinien zur Beteiligung organisiert werden.
1875 Darüber hinaus wollen wir alle genehmigungspflichtigen Bauanträge für den Bezirk – auch
1876 solche ohne vorgeschriebene Beteiligungsverfahren – zeitnah über die Open-Data-Plattform
1877 des Landes Berlin zugänglich machen.

1878 Partizipation soll sich aber nicht auf Bauvorhaben beschränken. Das mit grüner
1879 Unterstützung etablierte Beteiligungsbüro soll helfen, auch Beteiligung in anderen

1880 Bereichen intensiver und besser zu gestalten. Als neues Instrument der Beteiligung wollen
1881 wir Bürger*innenräte einrichten, in denen sich zufällig geloste Menschen aus dem Bezirk an
1882 Entscheidungsprozessen – etwa zur Definition und konkreten Umsetzung lokaler
1883 Klimaschutzziele – mitwirken können.

1884 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir besonders stärken und sie auch
1885 explizit als Akteur*innen in Beteiligungsverfahren der Stadtentwicklung einbeziehen.
1886 Gemeinsam mit jungen Neuköllner*innen wollen wir neue Formate und Ansätze entwickeln, die
1887 in einer kinder- und jugendgerechten Form Beteiligung ermöglichen. Hierbei soll auch
1888 verstärkt auf digital gestützte Formate geachtet werden. Wir unterstützen dabei die
1889 Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments mit Anhörungsrecht bei der
1890 Bezirksverordnetenversammlung und verlässlicher logistischer Unterstützung durch die
1891 Einrichtung einer zuständigen Personalstelle im Bezirk. Auf Landesebene werden wir uns
1892 weiter dafür einsetzen, dass das Wahlalter bei kommunalen Wahlen auf 14 Jahre gesenkt
1893 sowie das Wahlrecht auf Nicht-EU-Bürger*innen ausgeweitet wird. Damit erhöhen wir die
1894 politische Mitbestimmung in unserem Bezirk.

1895 5.4. Fundament sichern und klug investieren

1896 Bezirkliche Investitionen für Bildung und Verkehrswende sicherstellen

1897 In der kommenden Legislaturperiode werden die Folgen der Pandemie aufgrund geringerer
1898 Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten spürbar sein. Trotz geringerer Spielräume
1899 ist es zentral, den begonnenen Weg fortzusetzen und die Bezirke fit für die
1900 Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu machen. Wir werden uns gegenüber dem Senat und
1901 dem Abgeordnetenhaus für eine finanzielle Ausstattung der Bezirke stark machen, die auch
1902 weiterhin Spielraum für eine politische Schwerpunktsetzung auf kommunaler Ebene
1903 ermöglicht. Bei der Investitionsplanung wollen wir weiterhin Bildungseinrichtungen und
1904 Maßnahmen der Verkehrswende priorisieren. Die zukünftig in Neukölln erzielten Einnahmen
1905 aus der Parkraumbewirtschaftung möchten wir für Investitionen und Maßnahmen zur
1906 Verbesserung der lokalen Fahrrad- und Fußweginfrastruktur, der Verkehrssicherheit und der
1907 Verkehrsberuhigung in Wohngebieten einsetzen. Nachdem in den Jahren des rot-roten Senats
1908 viele zentrale kommunale Dienstleitungen an Privatunternehmer outgesourct wurden, zeigen
1909 sich zunehmend die negativen Folgen dieser Politik. In der letzten Wahlperiode konnten wir
1910 neue Outsourcing-Projekte erfolgreich verhindern. In den nächsten Jahren wollen wir die
1911 begonnene Stärkung im Grünflächenamt fortführen, die Rekommunalisierung der Schulreinigung
1912 umsetzen und für weitere bezirkliche Dienstleistungen prüfen.

1913 Gemeinsam nachhaltig haushalten

1914 Wir wollen, dass sich die Politik stärker am Gemeinwohl als an finanziellen Kennzahlen
1915 orientiert. Bei der Berechnung der Zuweisungen an die Bezirke sollen soziale und
1916 ökologische Faktoren künftig stärker berücksichtigt werden als in der bisherigen
1917 Fokussierung auf den günstigsten Preis. So schaffen wir für Anreize zur Verbesserung
1918 bezirklicher Dienstleistungen für alle Neuköllner*innen. Dafür werden wir uns auf
1919 Landesebene ebenso einsetzen wie für eine – in einem Bezirkefinanzierungsgesetz verankerte
1920 - insgesamt größere haushaltspolitische Eigenständigkeit der Berliner Bezirke.

1921 Die Beteiligungsmöglichkeiten an der Haushaltsplanung möchten wir ausbauen. Im Rahmen
1922 eines echten Bürger*innenhaushalts sollen Neuköllner*innen über einen festgelegten Teil
1923 des Haushalts direkt entscheiden können. Die geplanten Projekte im Rahmen der
1924 Investitionsplanung sollen zusammen mit den Vorschlägen von Bürger*innen bei
1925 Bürger*innenversammlungen vorgestellt und diskutiert werden. Das Votum der Versammlungen

1926 soll in der abschließenden Beschlussfassung über die bezirkliche Investitionsplanung
1927 Berücksichtigung finden. Um eine faire Verteilung der Gelder sicherzustellen, wollen wir
1928 das Gender-Budgeting weiterentwickeln und Verwaltungsmitarbeiter*innen dazu verstärkt
1929 fortbilden.

1930 Neukölln soll zudem endlich Fair Trade Town werden. Bei der Beschaffung von Waren und
1931 Dienstleistungen durch den Bezirk muss fairer Handel eine zentrale Rolle spielen. Die
1932 ersten Weichen dafür haben wir schon gestellt, in der nächsten Wahlperiode möchten wir den
1933 Titel dann auch tatsächlich nach Neukölln holen. Das Berliner Vergabegesetz, das wir GRÜNE
1934 auf den Weg gebracht und damit erstmals soziale und ökologische Vergabekriterien
1935 eingeführt haben, wollen wir zudem aktiv auf der Bezirksebene umsetzen.